



Stadt Leverkusen
Der Oberbürgermeister

Nr. 4 vom 21. April 2023

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Fachbereich Oberbürgermeister, Rat und Bezirke, Ansprechpartner: Carsten Scholz, Tel. 406-8886.

Es wird gebeten, die in dieser Ausgabe als "nö" - nichtöffentlich - bezeichneten Informationen vertraulich zu behandeln. In diesem Zusammenhang wird auf die Verschwiegenheitspflicht der Ratsmitglieder, der bürgerschaftlichen Ausschussmitglieder und der Mitglieder der Bezirksvertretungen gemäß der §§ 43 Abs. 2 und 30 GO NRW hingewiesen.

Inhalt

Anfragen (ö)

PFAS-Belastungen in Leverkusen	107
Sachstand der Testphase des Bevorrechtigungssystems an den Lichtsignalanlagen des Willy-Brandt-Rings	111
Abfallgebührensatzung - Gebührenbescheide 2023	113
Kosten der Internationalen Wochen gegen Rassismus	114
Neue Feuer- und Rettungswache Nord	115
Hochwasserschutz Hitdorf/Monheim	116

Mitteilungen (ö)

Kooperationsvereinbarung Hochwasser und Starkregen	118
Behördenbeteiligung zur grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung der Kernreaktoren Tihange 3 und Doel 4	119
Grundstücksmarktbericht 2023; Bodenrichtwerte Stand 01.01.2023 Immobilienrichtwerte für Eigentumswohnungen Stand 01.01.2023	120
Etatreden der im Rat der Stadt Leverkusen vertretenen Fraktionen und Einzelvertreter zum Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 der Stadt Leverkusen	121
Wettvermittlungsstelle; Ablehnung des Bauantrages Bergische Landstraße 46	122

Beschlusskontrollen (ö)

Errichtung von Trinkbrunnen	122
Licht schafft Sicherheit - Beleuchtung Rad- und Gehweg Forellental K2	124



Anfragen (ö)

Anfrage von DIE LINKE vom 27.02.2023

PFAS-Belastungen in Leverkusen

PFAS ist kein neues Thema, aber nach den Presseberichten zu den extrem hohen PFAS-Werten in Leverkusen ein aktuelles. Daher möchten wir erfahren:

1.
Sind der Stadt Flächen in Leverkusen mit PFAS-Belastungen bekannt und wenn ja welche?
2.
Nach den Erfahrungen in der Dhünnaue ist der Stadt Leverkusen der Umgang mit verseuchten Flächen bekannt. Wie sehen die Handlungskonzepte für den Fall einer Verseuchung aus?
3.
Wird das Trinkwasser in Leverkusen (insbesondere das Uferfiltrat) regelmäßig auf PFAS kontrolliert oder zählen die Giftstoffe nicht zum regelmäßigen Untersuchungsspektrum?
4.
Falls nicht, sind in Zukunft regelmäßige Untersuchungen nach Bekanntwerden einer Verseuchung in Planung?
5.
Welche Grenzwerte hat die Stadt für Untersuchungen definiert (gesetzliche Regelungen liegen ja nicht vor)? Auf welchen Grundlagen basieren diese?
6.
In der Presse wurde von Grenzwerten zur Einleitung gesprochen. Sind diese der Stadt Leverkusen bekannt und/oder wurden Sie der EVL zwecks Abgleiches im Uferfiltrat kommuniziert?
7.
Wird PFAS-haltiger Löschschaum bei der Feuerwehr Leverkusen eingesetzt? Wurde (wie bei der Stadt Hamburg) bereits angefangen, eine Karte mit Löschschaumeinsätzen zu erstellen? Wenn nicht, ist das geplant?
8.
Wie sehen die aktuellen Arbeitsschutzmaßnahmen und Kontrollen auf PFAS-Belastungen für städtische Mitarbeiter aus?
9.
Werden durch die Feuerwehr nach Löscheinsätzen die Einsatzorte anschließend auf PFAS-Belastungen geprüft? Wer würde für eine solche Verseuchung aufkommen – die öffentliche Hand oder der Hauseigentümer?



Stellungnahme:

Vorangestellt die Information, dass Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) eine Stoffgruppe mit mehreren Tausend organischen Einzelverbindungen sind, die ausschließlich anthropogen hergestellt werden und natürlicherweise nicht in der Umwelt vorkommen. Sie sind wasser-, schmutz- und fettabweisend und werden aufgrund ihrer Eigenschaften vielfältig in Produkten, in betrieblicher Anwendung und in bestimmten Feuerlöschschäumen eingesetzt. Aufgrund ihres vielfältigen Einsatzes bestehen unterschiedliche Eintragspfade in die Umwelt. Der Großteil der PFAS sind langlebige Substanzen. Die Stoffgruppe PFAS enthält zudem Vorläufersubstanzen, die zu langlebigen Substanzen abgebaut werden. Werden PFAS einmal freigesetzt, verbleiben sie für lange Zeit in der Umwelt.

Zu 1.:

Außer der Fläche Entsorgungszentrum Chempark, die in der bodenrechtlichen Zuständigkeit der Bezirksregierung Köln liegt, sind der Unteren Bodenschutzbehörde (UBB) keine weiteren Flächen mit PFAS-Belastungen derzeit bekannt.

Des Weiteren ermittelt das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (MUNV) seit 2011 alle zwei Jahre bei den Unteren und Oberen Bodenschutzbehörden in NRW Anzahl und Bearbeitungsstand der bekannten Fälle von Boden- und Grundwasserbelastungen mit PFAS.

Darüber hinaus werden derzeit durch das LANUV im Auftrag des MUNV im Rahmen eines aktuellen Forschungsprojektes „Hintergrundgehalte von PFAS in ländlichen Oberböden NRW“ untersucht. So ist der Fachbereich Umwelt - Untere Bodenschutzbehörde (UBB) - am 04.01.2023 vom LANUV um Zuarbeit bei der Erhebung von PFAS-Hintergrundwerten in Böden im Stadtgebiet Leverkusen gebeten worden.

Die UBB hat Acker- und Grünflächen identifiziert, bei denen davon auszugehen ist, dass kein Schadensereignis mit PFAS vorliegt. Auf diesen Flächen werden nach (bereits vorliegender) Zustimmung der Grundstückseigentümer/innen im Laufe der Jahre 2023 und 2024 durch den Geologischen Dienst NRW Bodenproben gewonnen, um Hintergrundwerte für PFAS zu etablieren. Nach Auswertung aller vorhandenen Daten werden statistisch belastbare Hintergrundwerte für PFAS in Oberböden Nordrhein-Westfalens vorliegen.

Über diese durch LANUV und Geologischen Dienst NRW geplante Untersuchung hinaus liegen – im Gegensatz zu verschiedenen anderen Kreisen und kreisfreien Städten in NRW – für das Stadtgebiet Leverkusen keine Erkenntnisse über Boden- und Grundwasserbelastungen mit PFAS vor.

Aus öffentlich zugänglichen Daten ist bekannt, dass im Jahr 2022 in einer Probe aus dem Oberflächengewässer der Wupper 3.600 ng/l (3,6 µg/l) PFAS und im Jahr 2021 aus dem Sediment der Wupper 3.094 ng/kg (3,09 µg/kg) PFAS sowie im Jahr 2021 in einer Probe aus dem Sediment der Dhünn 1.476 ng/kg (1,45 µg/kg) PFAS und im Jahr 2011 in einer Wasserprobe aus der Dhünn 30 ng/L (0,03 µg/L) PFAS nachgewiesen worden sind.



Die Umweltqualitätsnorm zur Beurteilung des chemischen Zustands (UQN) gemäß der Anlage 8 der Oberflächengewässerverordnung (OGewV 2016) liegt bei einer Höchstkonzentration von 36 µ/l und ist weder hier noch landesweit überschritten worden.

Hinsichtlich eigener weiterer Ermittlungen zu Untergrundbelastungen gibt es konzeptionelle Überlegungen zu standortbezogenen historischen Erkundungen. Hierdurch sollen im Rahmen der Amtsermittlung systematisch und für das gesamte Stadtgebiet mögliche Eintragsquellen von PFAS und damit mögliche schädliche Bodenverunreinigungen, die potenziell eine Gefahr für die Schutzgüter darstellen könnten, festgestellt werden.

Zu 2.:

Federführend ist hier das LANUV. Derzeit wird, wie unter Ziffer 1 beschrieben, durch das LANUV ein Konzept zur Ermittlung von PFAS-Hintergrundkonzentrationen erarbeitet, bei dem die UBB Leverkusen im Vorfeld eingebunden war/ist.

Im Falle eines konkreten Verdachts auf Belastung des Bodens durch PFAS wird entsprechend der Gegebenheiten am Standort (Größe und Grad der Versiegelung der Verdachtsfläche, Beschaffenheit des Untergrundes, Abstand zum Grundwasser, Nähe zu Schutzgütern etc.) ein individuelles Handlungskonzept zur bodenschutzrechtlichen Gefahrenbeurteilung entsprechend der Vorgaben aus dem Bundesbodenschutzgesetz und Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) sowie des „Leitfadens zur PFAS-Bewertung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz vom 21.02.2022“ des Bundes (Leitfadens PFAS) erarbeitet.

Zu 3.:

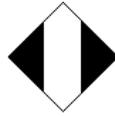
Regelmäßige Untersuchungen bzw. ein Monitoring des Grundwassers und des Trinkwassers werden auf der Grundlage rechtsgültig eingeführter Gesetze oder Verordnungen durchgeführt.

Am 12. Januar 2021 ist die Richtlinie (EU) 2020/2184 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch in Kraft getreten.

In dieser Richtlinie sind u.a. Vorgaben/Grenzwerte zu den PFAS enthalten. Innerhalb von zwei Jahren sind die Vorgaben der EU-Richtlinie in nationales Recht umzusetzen, d.h. die Novellierung der Trinkwasserverordnung wurde auf den Weg gebracht. Ende März 2023 wurde im Bundesrat über die Novellierung der Trinkwasserverordnung beraten und abgestimmt, so dass die europäischen Vorgaben/Grenzwerte entsprechend erwartungsgemäß übernommen werden.

Im Entwurf zur neuen Trinkwasserverordnung vom 15.02.2023 sind die Grenzwerte bezogen auf das Trinkwasser zu Summen-PFAS festgesetzt und gelten ab Januar 2026 bzw. 2028.

Bezogen auf das Trinkwasser in Leverkusen wird an dieser Stelle zunächst darüber informiert, dass es einen Unterschied zwischen dem Trinkwasser der Currenta aus dem Wasserwerk Hitdorf, welches Rheinuferfiltrat fördert, und dem Trinkwasser der Energieversorgung Leverkusen GmbH (EVL) aus dem Wasserwerk Rheindorf (WWR) gibt. Dieses hat ab Ausgang Wasserwerk eine Zusammensetzung von 7 % Rheinuferfiltrat, das die EVL von der Currenta geliefert bekommt. Rund zwei Drittel sind gefördertes Grundwasser aus dem Einzugsgebiet Reusrath/Rheindorf und rund ein Drittel ist Trinkwasser aus der Großen Dhünntalsperre.



Im Wasserwerk Rheindorf werden in unregelmäßigen Abständen am Zulauf des Currenta-Wassers und am Wasserwerksausgang PFAS Proben entnommen und im Labor ausgewertet.

Seit März 2023 werden alle Brunnen im WWR auf PFAS kontrolliert. Zudem werden dann regelmäßige Kontrollen im Ausgang des Wasserwerks, im Zulauf der Talsperre und im Zulauf des gelieferten Trinkwassers der Currenta durchgeführt.

Gemäß dem Leitfaden des BMUV zur PFAS-Bewertung von Gewässerverunreinigungen aus 2022 sollen für das Grundwasser weiterhin die Geringfügigkeitsschwellenwerte aus den Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser und Abwasser (LAWA) von 2017 herangezogen werden.

Im Fachbereich Umwelt - Untere Wasserbehörde - werden die Monitoringdaten der Grundwasserbeprobungen in der Datenbank GW-Base inklusive der Grenzwerte erfasst und eingepflegt. Nach den Vorgaben der Grundwasserverordnung besteht bisher keine rechtliche Verpflichtung, ein regelmäßiges Monitoring im Grundwasser hinsichtlich der Stoffgruppe der PFAS durchzuführen.

Im Mai 2023 wird durch die UWB das jährlich stattfindende Grundwasser-Monitoring an 50 Grundwassermessstellen im Stadtgebiet durchgeführt, bei dem jetzt auch ergänzend das „Untersuchungspaket“ PFAS einbezogen werden soll. Entsprechend dem Untersuchungsergebnis/der Auswertung der Daten sind dann in den Folgejahren ggf. weitere Untersuchungen zu beauftragen.

Weitere Informationen zum Oberflächengewässer-Monitoring durch das LANUV sind im Landtagsbericht „Belastungen mit per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) in Nordrhein-Westfalen“, der zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume AULNV am 15.03.2023 (zu den Vorlagen Nrn. 17/2437 und 17/6035) veröffentlicht wurde (abrufbar unter: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-944.pdf>), enthalten.

Zu 4.:

Siehe Beantwortung Ziffer 3

Zu 5.:

Da es Stand heute noch keine Grenzwerte gibt, orientiert sich die EVL an den für die kommende Novellierung der Trinkwasserverordnung diskutierten Grenzwerten. Diese liegen bei PFAS 20 bei 0,1 µg/l und bei den PFAS 4 bei 0,02 µg/l. Alle bisher gezogenen Proben liegen unter diesen Werten.

Die in NRW derzeit geltenden Bewertungsmaßstäbe für PFAS in verschiedenen Regelungsbereichen sind im „Leitfaden PFAS“ dargelegt. Dieser Leitfaden wurde in NRW per Erlass des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen vom 04.03.2022 eingeführt. Für den Wirkungspfad Boden-Grundwasser sind in der neuen Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) bzw. der ab 01.08.2023 geltenden Mantelverordnung für sieben PFAS-Einzelsubstanzen Prüfwerte festgelegt worden.

Zu 6.:



Die EVL erhält von der Currenta Trinkwasser gemäß den Richtlinien der aktuellen Trinkwasserverordnung.

Zu 7.:

Die Feuerwehr Leverkusen hat das letzte Schaummittel mit PFAS im Jahre 2019 entsorgt.

Es liegt bisher keine Kartierung von Löschschaumeinsätzen vor und ist derzeit nicht geplant.

Zu 8.:

Kontrollmaßnahmen auf PFAS werden seitens der Stadt Leverkusen nicht durchgeführt.

Weitere Informationen zu Untersuchungen von PFOA oder PFOS im menschlichen Blut finden sich im Landtagsbericht „Belastungen mit per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) in Nordrhein-Westfalen“, der zur Sitzung des AULNV am 15.03.2023 (zu Vorlagen 17/2437 und 17/6035) veröffentlicht wurde (abrufbar unter: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-944.pdf>).

Zu 9.:

Die Feuerwehr prüft bisher keine Einsatzstellen auf Belastungen mit PFAS. Haftungsrechtliche Fragen sind bisher nicht aufgetreten.

Umwelt in Verbindung mit Feuerwehr, Medizinischer Dienst LEV und Energieversorgung Leverkusen GmbH

Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.03.2023

Sachstand der Testphase des Bevorrechtigungssystems an den Lichtsignalanlagen des Willy-Brandt-Rings

Wir bitten Sie, durch die Fachverwaltungen folgende Fragen beantworten zu lassen:

Der Testbetrieb der Lichtsignalanlage an der Einmündung der Elisabeth-Langgässer-Straße in den Willy-Brandt-Ring sollte nach Auskunft des Baudezernates im November 2021 noch im selben Monat, dann nach einigen Verzögerungen, in der Woche vom 21.-25.02.2022 stattfinden.

1.

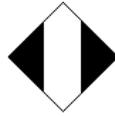
Hat der Betrieb der Pilotanlage mittlerweile begonnen? Wenn ja, seit wann? Wenn nein, warum nicht und wann ist er nach aktueller Sachlage geplant?

2.

Wie viele Feuerwehr- bzw. Rettungsfahrzeuge sind bereits für den Testbetrieb ausgerüstet?

3.

Wie lange wird die Testphase nach dem Start dauern?



4.
Welches sind die Kriterien, die zur Auswertung des Ergebnisses der Testphase herangezogen werden und wer wertet diese aus?

5.
Wer entscheidet über den weiteren Ausbau oder die Beendigung der Maßnahme nach Auswertung der Ergebnisse?

Stellungnahme:

Zu 1.:

Der Betrieb der Pilotanlage hat noch nicht begonnen. Bei der Implementierung der Ampeltechnik kam es seitens der Betreiberfirma zu Verzögerungen. Im Rahmen der weiteren technischen Umsetzung mussten bereits 2021/2022 Softwareupdates an der fahrzeugseitigen Technik durch die Betreiberfirma durchgeführt werden. Im Rahmen der weiteren Durchführung wurde nun festgestellt, dass weitere Anpassungen an der Ampelsteuerung und an der Fahrzeugtechnik durch die Betreiberfirma notwendig sind. Der Fachbereich Feuerwehr ist derzeit bemüht, alle Fahrzeuge auf die neueste Technik umzurüsten. Dazu muss mit zusätzlichem Einbauaufwand in Eigenleistung weitere Hardware in den Fahrzeugen verbaut werden. Ein Fahrzeug ist bereits mit dieser neuesten Version ausgestattet. Diese neue Hardware wurde durch die Betreiberfirma erst Mitte Februar 2023 geliefert. Seitens der Betreiberfirma wurde am 28.03.2023 ein neues Softwareupdate an der Lichtsignalanlage eingespielt und mit dem Testfahrzeug der Feuerwehr erfolgreich getestet. Nach Freigabe der Software durch die Betreiberfirma soll die Testphase nun in der 14./15. Kalenderwoche 2023 starten.

Zu 2.:

Seitens des Fachbereichs Feuerwehr ist derzeit durch die erst kurzfristige Bereitstellung der neuen Hardware ein Fahrzeug für den Testbetrieb ausgerüstet. Im Vorfeld waren bereits mehr als zehn Fahrzeuge mit der alten Hardware ausgerüstet worden, die nun teilweise nicht mehr verwendbar ist. An der Ausrüstung weiterer Fahrzeuge wird derzeit gearbeitet, da dem Fachbereich Feuerwehr die Wichtigkeit des Projekts bewusst ist.

Zu 3.:

Der Testbetrieb wird sich über einen Zeitraum von 30 Tagen erstrecken.

Zu 4.:

Feste Kriterien zur Auswertung können an dieser Stelle kaum herangezogen werden. Die rein technische Auswertung, inwieweit und wie schnell die Ampelanlage beeinflusst werden konnte, liegt beim Fachbereich Tiefbau. Durch den Fachbereich Feuerwehr wird eine Befragung des eingesetzten Personals anhand von Auswertebögen stattfinden. Hier wird abgefragt, ob die Lichtsignalanlage reagiert und sich dadurch ein zügigeres Vorankommen ergeben hat.

Zu 5.:

Über den Ausbau oder die Beendigung der Maßnahme wird es nach Vorliegen der Ergebnisse eine verwaltungsinterne Abstimmung geben. Über das Abstimmungsergebnis und das weitere Vorgehen wird die Politik informiert.



Feuerwehr in Verbindung mit Tiefbau

Anfrage der FDP-Fraktion vom 14.03.2023

Abfallgebührensatzung - Gebührenbescheide 2023

Mit einem Bürgerantrag wurde in der Sitzung des Bürger- und Umweltausschusses am 02.03.2023 kritisiert, dass die Satzung zur Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren vom 12.12.2022 und die Anfang Januar versandten Gebührenbescheide in einem Punkt nicht übereinstimmen würden.

Leider konnte die Verwaltung die vorgetragene Diskrepanz in der Sitzung nicht aufklären.

So wird hinsichtlich der Eigenkompostierung bemängelt, dass gemäß Satzung für eine 40-Liter-Restmülltonne bei 14t-äglicher Leerung satzungsgemäß der Bescheid um 16,23 € zu ermäßigen sei. Bescheide für diese Leistung jedoch nur einen Ermäßigungsbetrag von 12,17 € vorsehen.

1.

Wie ist diese Diskrepanz zu erklären?

2.

Sind somit die Gebührenbescheide mit einer Ermäßigung von 12,17 € für Eigenkompostierung fehlerhaft?

3.

Wenn sie fehlerhaft sein sollten, wie wird der Fehler den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber behoben?

Stellungnahme:

Zu 1.:

Die vermeintliche Diskrepanz liegt darin begründet, dass ein wesentlicher Punkt hier nicht berücksichtigt ist, nämlich die begrenzte Ermäßigung auf das Mindest-Regelvolumen. Dieses kann nicht unterschritten werden.

Zu 2.:

Die Gebührenbescheide sind nicht fehlerhaft.

In dem geschilderten Fall beträgt dieses Volumen nicht 40 Liter bei 14-tägiger Leerung, sondern 60 Liter bei 4-wöchentlicher Leerung. Das bedeutet, dass umgerechnet auf 14 Tage 30 Liter Volumen zur Verfügung stehen. Für dieses Volumen beträgt die Ermäßigung 12,17 €.

Hintergrund für die Ermäßigung ist nicht die Kompostierung an sich, sondern die Annahme, dass derjenige, der kompostiert, weniger Restmüll hat und daher berechtigterweise einen Gebührenabschlag erhält.



Sofern das Mindest-Volumen 40 Liter/14-tägig beträgt, ergibt sich eine Ermäßigung in Höhe von 16,23 €.

Die Regelung, dass für zusätzliches Volumen (damals Mehrwerte) keine Gebührenermäßigung erfolgt, bestand so auch schon in der alten Satzung.

Hierbei ist auch zu beachten, dass Bürger*innen bei dem Mindest-Volumen nicht frei in ihren Entscheidungen sind. Sie können dieses ohne Biotonne nicht unterschreiten. Bei der Frage, ob mehr Volumen abgenommen werden möchte, sind die Bürger*innen frei in ihrer Entscheidung – lediglich das eigene Müllverhalten ist hier maßgeblich.

Die entstehenden Mehrkosten sind von den Antragstellenden selbst zu tragen und unterliegen keiner Ermäßigung.

Abschließend ist festzustellen, dass es bei der Beurteilung des Gebührenabschlages für die Eigenkompostierung nicht auf die gewählte Restmülltonne, sondern auf das Restmüllvolumen ankommt, welches nicht unterschritten werden darf.

Zu 3.:

Aufgrund der Antwort zu Frage 2 erübrigt sich eine Beantwortung.

Finanzen

Anfrage der AfD-Fraktion vom 22.03.2023

Kosten der Internationalen Wochen gegen Rassismus

Die Stadt Leverkusen beteiligt sich finanziell an den „Internationalen Wochen gegen Rassismus“, in denen unter anderem verschiedene Workshops, Vorträge und Filmvorführungen stattfinden.

Wir bitten diesbezüglich um die Beantwortung folgender Fragen:

1.

Wie hoch sind die Veranstaltungskosten insgesamt?

2.

Mit welcher Summe beteiligt sich die Stadt Leverkusen an der Durchführung dieser Veranstaltungsreihe?

3.

Haben die Referenten eine Aufwandsentschädigung oder andere Arten der Entlohnung für die Durchführung ihrer jeweiligen Veranstaltungen erhalten? Wenn ja, wie viel?



Stellungnahme:

Zu 1.:

Die Stadt Leverkusen beteiligt sich an den Internationalen Wochen gegen Rassismus und bezieht damit klar Stellung gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit.

Die Gesamtkosten der Stadt Leverkusen für die Internationalen Wochen gegen Rassismus betragen 6.214,41 €. Darin enthalten sind u.a. Kosten für Öffentlichkeitsarbeit und Honorare.

Zu 2.:

Von den unter 1. genannten Kosten werden 1.049,83 € über Landesfördermittel refinanziert.

3.

Die Gesamtausgaben für Honorare von Referent*innen betragen 1.150,00 €.

Kommunales Integrationszentrum

Anfrage der Fraktion OPLADEN PLUS vom 24.03.2023

Neue Feuer- und Rettungswache Nord

1.

Für die neue Feuerwache Opladen ist bereits Grunderwerb erfolgt. Es ist jedoch noch nicht sicher, ob nicht Umweltbelange der neuen Feuerwache am geplanten Ort entgegenstehen. Daher unsere Frage:

Inwiefern macht es Sinn, einen Boden erst zu erwerben und den Standort erst im Nachhinein auf seine baurechtliche Machbarkeit zu überprüfen?

2.

Die Bebauung landwirtschaftlicher Fläche wurde im Vorfeld heiß diskutiert. Auf Wunsch der Grünen soll die Flächenversiegelung minimiert werden (und für das Maß der unumgänglichen Versiegelung an anderer Stelle entsiegelt werden). Unsere Frage in diesem Zusammenhang ist:

Wird unter dem Gesichtspunkt der Minimierung der bebauten Flächen nur alleine für eine reine Feuerwache geplant oder auch für die TBL?

3.

Für den Fall, dass die Umweltbelange keine Bebauung zulassen:
Welche Alternativlösung verfolgt die Stadt?

4.

Von einem Landwirt ist bekannt, dass dieser nicht verkaufen will und kann. Wird dieser Eigentümer zur Not enteignet oder wird die Stadt nicht zu diesem Mittel greifen?



Stellungnahme:

Zu 1.:

Der Grunderwerb war für die Einleitung der weiteren Bearbeitungsschritte der Planung der neuen Feuerwache erforderlich. Zudem waren andere Eigentümer der Flächen an der Solinger Straße zu Jahresbeginn bereit, ihre Grundstücke an die Stadt zu verkaufen. Dem Veräußerungswunsch wurde entsprochen.

zu 2.:

Diese Frage wird im Rahmen der Beschlussvorlage Nr. 2023/2129, „Neue Feuer- und Rettungswache Nord: Variantenvergleich Werkstätten“, beantwortet, die am 05.06.2023 im Rat entschieden werden soll. In der Beschlussvorlage werden die detaillierten Untersuchungsergebnisse der verschiedenen Varianten zur Unterbringung der Werkstatt vorgestellt und ein Beschlussvorschlag unterbreitet.

zu 3.:

Wie bereits mit Vorlage Nr. 2022/1377/2 dargestellt, ist das Grundstück „Auf den Heunen“ die geeignetste zur Verfügung stehende Fläche für den erforderlichen Neubau der Feuer- und Rettungswache Nord. Entsprechend dem Beschluss des Rates wird aktuell die erforderliche Machbarkeitsstudie erstellt. Mit der Vorlage Nr. 2023/2129 soll die Verwaltung von der Politik beauftragt werden, die Machbarkeitsstudie zur Feuer- und Rettungswache Nord an dem Standort „Auf den Heunen“ fortzuführen beziehungsweise anzupassen, unter Berücksichtigung des Beschlusses zu den Werkstätten der Feuerwehr und der TBL (Beschlusspunkt 2 der Vorlage Nr. 2023/2129). Die Machbarkeitsstudie wird nach Abschluss der Politik vorgestellt. Daher werden keine weiteren Grundstücke betrachtet.

zu 4.:

Die Verwaltung ist an einer gütlichen Einigung mit dem Landwirt interessiert. So werden ihm aktuell geeignete Tauschflächen angeboten.

Die Verwaltung wird alle ihr zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel ausschöpfen, um die Fläche für die Errichtung der neuen Feuerwache in Anspruch nehmen zu können.

Konzernsteuerung in Verbindung mit Gebäudewirtschaft

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 31.03.2023

Hochwasserschutz Hitdorf/Monheim

Die Stadt Leverkusen hat bereits 2010 mit erheblichem Aufwand und großem Erfolg den Hochwasserschutz in Hitdorf optimiert. Eine Schwachstelle besteht noch im nicht ausreichenden Hochwasserschutz auf Monheimer Stadtgebiet. Hierdurch wird Hitdorf bei Extremhochwasser von Monheimer Seite durch Überflutung bedroht. An der Stadtgrenze zu Leverkusen verkündet seit Jahren ein Bauschild den Ausbau des Hochwasserschutzes (Baubeginn 12/21, Fertigstellung 12/24) an der Rheinuferstraße. Geschehen ist bisher nichts. Das gibt Anlass zur Beunruhigung.



Wir bitten daher um die Beantwortung der folgenden Fragen über z.d.A.: Rat.

1.
Wann ist mit dem Beginn und dem Abschluss der Maßnahme in Monheim zu rechnen?
2.
Was ist der Grund für die Verzögerung?
3.
Wie beurteilt die Verwaltung die Gefahren durch den unvollständigen Hochwasserschutz auf Monheimer Stadtgebiet für Hitdorf?
4.
Ist der Katastrophenschutz auf die Bekämpfung dieser Gefahren eingestellt?
5.
Ist die Stadt Leverkusen in dieser Sache mit der Stadt Monheim im Gespräch?

Stellungnahme:

Die Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen stellen an der Stadtgrenze zwischen Leverkusen-Hitdorf und Monheim für ein 100-jähriges Hochwasserereignis (HQ 100) eine Überflutung der Freifläche zwischen Rhein und Antoniusshof auf Hitdorfer Seite dar. Die Wohnbebauung ist aufgrund der etwas höheren Topographie nicht betroffen.

Dennoch werden, auch für Ereignisse größer HQ 100 oder dem Ausfall von Hochwasserschutzanlagen, die Maßnahmen gemäß Hochwasserrisikomanagementplanung NRW für die Stadt Leverkusen umgesetzt. Diese beinhalten die Information und Warnung der Bevölkerung bei drohenden Überschwemmungen (u.a. über die zwei Sirenenstandorte DRK-Katastrophenschutzzentrum und GGS Lohrstraße), die fortlaufende Identifizierung potenziell betroffener kritischer Infrastrukturen (z.B. Kindergärten und Schulen) sowie die Aufstellung und stetige Aktualisierung von Alarm- und Einsatzplänen.

Des Weiteren wird durch das Monitoring u.a. des Rheinpegels Köln in der Leitstelle eine frühzeitige Aktivierung des Krisenstabs und der Feuerwehreinsatzleitung gewährleistet. Diese sind durch fortlaufende Ausbildungen und Übungen auf den Ereignisfall vorbereitet und können dadurch schnelle Entscheidungen zum Schutz der Bevölkerung treffen.

Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Derzeit werden laut Auskunft der Stadt Monheim zusätzliche Baugrunderkundungen durchgeführt. Darauf basierend werden die Planungen angepasst und die Baumaßnahme ausgeschrieben.



Zu 2.:

Grund für die Verzögerungen sind laut Auskunft der Stadt Monheim zusätzliche Baugrunderkundungen und weiterer Abstimmungsaufwand bei der Ausführungsplanung.

Zu 3.:

An der Rheinuferstraße kommt es bei Wasserständen über 10,50 m am Kölner Pegel (m KP) zu ersten Überflutungen. Bei den Hochwasserereignissen 1993 und 1995 wurde die Rheinuferstraße bei Pegelständen von 10,63 m KP bzw. 10,96 m KP bis zur Mittelmarkierung überflutet. Das Hinterland war nicht betroffen.

Eine Überflutung bis ins Hinterland ist erst bei einem 100-jährlichen Ereignis (> 11,30 m KP) zu erwarten, wobei hier zunächst die Retentionsräume auf dem Monheimer Stadtgebiet gefüllt werden, bevor bebaute Bereiche auf Leverkusener Stadtgebiet betroffen sind.

Zu 4.:

Der Katastrophenschutz obliegt hier zuerst der Stadt Monheim bzw. dem Kreis Mettmann. Eine Gefahrenvorwarnung erfolgt bei 10,50 m KP und steigender Tendenz durch den Landrat bzw. dessen Vertreter. Bei höheren Wasserständen ist ein Schutzwall aus Sandsäcken zu errichten. Mobile Hochwasserschutzanlagen stehen nicht zur Verfügung. Die Stadt Monheim hält leere Jute-Sandsäcke vor.

Zu 5.:

Es werden derzeit Gestattungsverträge für die Hitdorfer Straße und den Heerweg auf Leverkusener Gebiet vorbereitet.

Feuerwehr in Verbindung mit Technische Betriebe der Stadt Leverkusen AöR

Mitteilungen (ö)

Mitteilung für den Rat

Kooperationsvereinbarung Hochwasser und Starkregen

Im Zusammenhang mit den Hochwasser- und Starkregenereignissen ist die interkommunale Zusammenarbeit in den Fokus gerückt. Aus diesem Grund beschloss der Rat der Stadt Leverkusen am 12.12.2022 die „Kooperationsvereinbarung zur Zusammenarbeit der Kreise und kreisfreien Städte sowie der Wasserverbände bei Hochwasser- und Starkregenereignissen (Kooperationsvereinbarung Hochwasser und Starkregen)“ (Vorlage Nr. 2022/1850).

Gegenstand der Vereinbarung ist die Erarbeitung von Maßnahmen und Lösungen, die dem vorsorgenden Hochwasser- und Starkregenschutz, dem Bevölkerungsschutz sowie der Öffentlichkeitsarbeit dienen sollen.

Wie bereits in der Sitzung des Ausschusses für Bürgereingaben und Umwelt am 19.01.2023 angekündigt, stimmte die Stadt Remscheid an diesem Tag parallel zur Sitzung über die Kooperationsvereinbarung ab. Somit haben alle Kooperationspartner positiv über die Kooperationsvereinbarung „Hochwasser und Starkregen“ abgestimmt.



Die Kooperationsvereinbarung wurde mit der Wirkung zum 20.01.2023 unterschrieben.

Mobilität und Klimaschutz

Mitteilung für den Rat

Behördenbeteiligung zur grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung der Kernreaktoren Tihange 3 und Doel 4

Mit Verfügung der Bezirksregierung Köln vom 29.03.2023 (Eingang per E-Mail) wurde die Stadt Leverkusen über die Behördenbeteiligung zur grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung der Kernreaktoren Tihange 3 und Doel 4 in Belgien in Kenntnis gesetzt.

Das belgische Umwelt- und Energieministerium hat förmlich über die geplante Durchführung einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke Tihange 3 und Doel 4 informiert. Hierbei handelt es sich um die UVP für die zehnjährige Betriebsverlängerung dieser Reaktoren.

In dem nun eingeleiteten grenzüberschreitenden UVP-Verfahren ist das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIKE NRW) nach § 58 Abs. 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) als koordinierende Behörde für die Bundesrepublik Deutschland federführend tätig.

Gemäß § 59 Abs. 1 UVPG gibt das MWIKE NRW als zuständige deutsche Behörde das Vorhaben hiermit öffentlich bekannt. Die wesentlichen Unterlagen mit Informationen über das Vorhaben in deutscher Sprache können auf der Internetseite des MWIKE NRW unter folgendem Pfad eingesehen werden:

<https://www.wirtschaft.nrw/themen/energie/atomaufsicht/uvp-tihange-3-und-doel-4>

Informationen zum grenzüberschreitenden Verfahren sind ebenfalls über das zentrale UVP-Internetportal der Länder unter dem folgenden Pfad zugänglich:

<https://www.uvp-verbund.de/trefferanzeige?docuuid=f128403a-2b7c-4f5b-b0af-129bddf917d3>

Die zuständige belgische Behörde gibt der deutschen Öffentlichkeit bis einschließlich 20. Juni 2023 Gelegenheit zur Stellungnahme (in deutscher, englischer, französischer oder niederländischer Sprache). Bürgerinnen und Bürger, die sich an dem Verfahren beteiligen wollen, können ihre Stellungnahmen in Schriftform an die zuständige belgische Behörde richten. Die Adresse lautet:

FÖD Wirtschaft, K.M.B., Mittelstand und Energie
Öffentliche Konsultation Doel 4 und Tihange 3
Boulevard du Roi Albert II, 16
1000 Bruxelles
Belgium



Die zuständige belgische Behörde hat zudem eine Internetplattform eingerichtet, auf der relevante Informationen zum Vorhaben zur Verfügung gestellt und vom 20. März 2023 bis zum 20. Juni 2023 Stellungnahmen über ein Webformular abgegeben werden können. Das Webformular ist unter folgendem Pfad zu finden:

www.economie.fgov.be/de > Themen > Energie > Anhörung der Öffentlichkeit Tihange 3 und Doel 4

Die auf der obigen Seite zur Verfügung gestellten Unterlagen werden zurzeit von der Verwaltung geprüft.

Stadtplanung

Mitteilung für den Rat und die Bezirksvertretungen

Grundstücksmarktbericht 2023; Bodenrichtwerte Stand 01.01.2023 Immobilienrichtwerte für Eigentumswohnungen Stand 01.01.2023

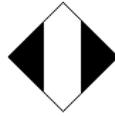
Der neue Grundstücksmarktbericht, die neuen Bodenrichtwerte und die neuen Richtwerte für Eigentumswohnungen liegen vor.

Diese Produkte werden vom Gutachterausschuss jährlich erstellt und geben Auskunft über Umsatz- und Preisentwicklungen für die verschiedenen Teilmärkte wie z. B. Eigentumswohnungen, Einfamilienhäuser und Baugrundstücke. Grundlage für die Auswertungen des Gutachterausschusses sind die getätigten Kaufverträge von bebauten und unbebauten Grundstücken in Leverkusen. Dadurch geben der Grundstücksmarktbericht, die Bodenrichtwerte und die Richtwerte für Eigentumswohnungen Auskunft über das tatsächliche Marktgeschehen in Leverkusen und leisten einen wertvollen Beitrag zur Markttransparenz.

Unter www.boris.nrw.de können Sie den Grundstücksmarktbericht, die Bodenrichtwerte sowie die Immobilienrichtwerte für Eigentumswohnungen kostenfrei abrufen.

Seit dem 01.03.2020 kommt für die Daten der amtlichen Grundstückswertermittlung, die über BORIS.NRW bereitgestellt werden, die Datenlizenz Deutschland - Zero - Version 2.0 zum Einsatz; das bedeutet, dass eine Nutzung der Daten ohne Einschränkungen oder Bedingungen zulässig ist. Dadurch soll sowohl die Verbreitung als auch die Nutzbarkeit der Datenbestände gefördert werden.

Kataster und Vermessung



Mitteilung für den Rat, seine Ausschüsse und die Bezirksvertretungen

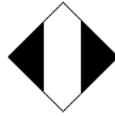
Etatreden der im Rat der Stadt Leverkusen vertretenen Fraktionen und Einzelvertreter zum Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 der Stadt Leverkusen

Nachfolgende Etatreden der im Rat der Stadt Leverkusen vertretenen Fraktionen und Einzelvertreter/innen zum Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 der Stadt Leverkusen anlässlich der Ratssitzung am 30.03.2023 sind als Anlagen 1-10 dieser z.d.A.: Rat-Ausgabe beigefügt:

1.
Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Rh. Stefan Hebbel
2.
Rede der Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Rf. Milanie Kreuz
3.
Rede der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Rf. Roswitha Arnold
4.
Rede des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion BÜRGERLISTE, Rh. Karl Schweiger
5.
Rede des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Opladen Plus, Rh. Markus Pott
6.
Rede des Fraktionsvorsitzenden der AfD-Fraktion, Rh. Yannick Noe
7.
Rede der Fraktionsvorsitzenden der FDP-Fraktion, Rf. Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens
8.
Rede des Rh. Keneth Dietrich, DIE LINKE
9.
Rede des Rh. Markus Beisicht, Aufbruch Leverkusen
10.
Rede der Rf. Gisela Kronenberg, parteilos

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

Anlagen 1-10



Mitteilung für den Rat und die Bezirksvertretung III

Wettvermittlungsstelle; Ablehnung des Bauantrages Bergische Landstraße 46

Seitens der Bauaufsicht wurde am 20.03.2023 ein Ablehnungsbescheid zum Bauantrag – Teil-Nutzungsänderung einer Schankwirtschaft zur Wettannahmestelle auf dem Grundstück Bergische Landstraße 46, 51375 Leverkusen versandt.

Der Ablehnungsgrund ergibt sich wie folgt: Die Prüfung hat ergeben, dass die beantragte Wettannahmestelle (ohne Aufenthalt) als Wettbüro und somit als Vergnügungsstätte einzustufen ist. Vergnügungsstätten sind an dem Standort laut Bebauungsplan nur ausnahmsweise zulässig. Es liegen keine Gründe für die Zulassung der Ausnahme vor. Folglich wurde der Bauantrag aus planungsrechtlichen Gründen abgelehnt.

Bauaufsicht

Beschlusskontrollen (ö)

BK-Nummer 2020/3847 (ö)

Errichtung von Trinkbrunnen

Beschluss des Rates vom 01.10.2020

In seiner Sitzung am 01.10.2020 hat der Rat der Stadt Leverkusen zur Vorlage Nr. 2020/3847 „Errichtung von Trinkbrunnen“ mehrheitlich den nachfolgenden Beschluss gefasst:

1. Die Verwaltung identifiziert die meist frequentierte Stelle im Stadtgebiet und installiert dort testweise einen Trinkbrunnen mit einer integrierten Hundetränke. Der Trinkbrunnen wird mit einem Bewegungsmelder ausgestattet, so dass eine gezielte und jeweils zeitlich befristete Wasseranforderung ohne direkten Kontakt möglich ist.
2. Bei der Festlegung des genauen Standortes in einer Fußgängerzone ist die jeweilige Werbe- und Fördergemeinschaft durch die Verwaltung zu beteiligen.
3. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt im kommenden Jahr, sodass der Trinkbrunnen spätestens im Mai 2021 in Betrieb genommen werden kann.
4. Im Rahmen der Mittelanmeldungen für den Haushalt 2021 ff werden für die Errichtung des Trinkbrunnens Investitionskosten in Höhe von rund 22.600 € (brutto) bereitgestellt.
5. Kosten für Reparatur und Wartung (ca. 3.000 € pro Jahr) werden in den Haushaltsjahren 2021 ff. aus Finanzmitteln der Gebäudewirtschaft bereitgestellt.
6. Betreiber der Anlage ist die Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG (EVL).



Die genauen Pflichten des Betreibers werden durch eine Dienstleistungsvereinbarung festgelegt (gilt insbesondere für die Einhaltung der Wasserhygiene und mögliche Manipulationen an der Anlage). Das Wasser wird durch die EVL kostenlos zur Verfügung gestellt. Die anfallenden Betriebs-, Wartungs- und Instandhaltungskosten rechnet die EVL mit der Stadt Leverkusen ab.

Auf die Ausführungen in der Vorlage Nr. 2020/3847 sowie in der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag Nr. 2022/1957 wird verwiesen.

Standortwahl:

Der Standort Wiesdorfer Platz 17 w wurde verwaltungsintern sowie zwischenzeitlich auch mit der Werbegemeinschaft City Leverkusen e.V. abgestimmt.

Kosten:

Mit Beschluss vom 01.10.2020 hat der Rat für die testweise Errichtung eines (ersten) Trinkbrunnens Investitionskosten in Höhe von rund 22.600 Euro (brutto) freigegeben. Für Reparatur und Wartung dieses Trinkbrunnens wurden zusätzlich ca. 3.000 Euro jährlich bereitgestellt.

Das vorliegende Angebot der EVL für den Standort Wiesdorfer Platz 17 w beläuft sich für die Errichtung des Trinkbrunnens auf 45.395,82 Euro (brutto). Über das „Sofortprogramm zur Stärkung der Innenstädte“ können auf Basis des vorliegenden Angebotes Fördermittel i.H.v. 24.446,40 Euro (förderfähige Kosten) abgerufen werden. Die diesen Betrag übersteigenden Kosten gehen zu Lasten des städtischen Haushaltes.

Voraussetzung für die Abrufung der Fördermittel ist gemäß vorliegendem Bescheid, dass die Maßnahme bis zum 31.12.2023 kassenwirksam abgeschlossen wird. Aus diesem Grund soll die Beauftragung der EVL kurzfristig erfolgen.

Barrierefreiheit des angebotenen Trinkbrunnens:

Nach Rücksprache mit der EVL ist der angebotene Trinkbrunnen barrierefrei. Der Trinkbrunnen ist mit einem Bewegungsmelder ausgestattet und spendet somit Wasser „auf Anforderung“. Um den Brunnen keimfrei zu halten, geht dieser alle 20 Minuten automatisch an und spendet Wasser.

Weitere Schritte:

Nach kurzfristiger Beauftragung der EVL wird diese die Bestellungen vornehmen. Aufgrund des aktuellen Beschaffungsmarktes kann keine valide Aussage zur Umsetzungsdauer gemacht werden. Der konkrete Umsetzungszeitpunkt wird im Weiteren zwischen der EVL und der Stadtverwaltung abgestimmt.

Parallel läuft die Standort- und Fördermittelsuche für die potenzielle Errichtung weiterer Trinkbrunnen im Stadtgebiet (vgl. Antrag Nr. 2022/1957, Behandlung im Rat am 30.03.2023). Hierzu wird die Verwaltung zu gegebener Zeit gesondert berichten.

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke in Verbindung mit Dezernat für Finanzen und Digitalisierung, Dezernat für Bürger, Umwelt und Soziales, Mobilität und Klimaschutz, Umwelt, Stadtplanung und Gebäudewirtschaft



BK-Nummer 2021/1062 (ö)

Licht schafft Sicherheit - Beleuchtung Rad- und Gehweg Forellental K2

Beschluss der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III vom 25.11.2021

Mit dem Rheinisch-Bergischen-Kreis wurde vereinbart, dass die von deren Seite vorgesehene Beleuchtung mit einem Leuchtenstandort auch auf Leverkusener Stadtgebiet fortgesetzt wird. Die Maßnahme wurde umgesetzt.

Die Beschlusskontrolle wird eingestellt.

Tiefbau

Haushaltsrede Stefan Heibel, Fraktionsvorsitzender CDU Fraktion, am 30.03.2023

- SPERRFRIST: 30.03.2023, Beginn der Haushaltsreden -

Erinnern Sie sich an Peter Falk alias Columbo? Der mit viel Geduld, Spürsinn und intellektueller Hochleistung Kriminalfälle gelöst hat?

Peter Falk hat mal klugerweise zum Thema Geld festgestellt: „Geld allein macht nicht unglücklich“.

Damit hat er Recht.

Wenn wir uns den aktuellen Haushalt anschauen, dann stellen wir fest, dass wir gut und gerne glücklicher mit mehr Geld im Haushalt gewesen wären. Sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite bekommen wir die Härte der Corona- und Ukraine Krise mit voller Wucht zu spüren.

Um so größer fällt mein Dank an unseren Kämmerer Michael Molitor und an sein Team aus, dass sie es trotz aller Widrigkeiten hinbekommen haben, einen anzeige- (und damit nicht genehmigungspflichtigen) Haushalt aufzustellen.

Chapeaux !!!

Wir vernehmen hier im Rat ja immer wieder Einzelmeinungen, die uns mit der Senkung der Gewerbesteuer Steuerkannibalismus vorwerfen. Ich kann nur sagen: „Hätten wir die Senkung auf 250 Punkte nicht durchgezogen, dann wäre die Luft jetzt schon verdammt eng.“

Die Erwartungen haben sich erfüllt. Die Gewerbeeinnahmen steigen kontinuierlich. Ohne die Krisen würden wir das noch viel deutlicher sehen können.

Gerne wird uns vorgeworfen, wir hätten eine Steueroase geschaffen. Was ist das bitte? Eine Oase ist eine fruchtbare Wasserstelle inmitten einer Wüste. Dank Monheim und Langenfeld waren wir lange Zeit die Wüste, umgeben von Oasen. Wenn wir nicht gehandelt hätten, wären wir endgültig ausgetrocknet worden. Von Steueroase kann also keine Rede sein. Und bei den Firmen, die wir haben, reden wir nicht von

Briefkastenfirmen, sondern vor allem von Firmen, die wir hier halten können.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir mehr denn je „auf Pump“ leben. Sämtliche im Zusammenhang mit Corona und der Ukraine stehenden Kosten „isolieren“ wir. Das ist nichts anderes als die Bildung von Nebenhaushalten.

Bis 2026 werden wir geplant 471 Millionen Euro isoliert haben. Das ist eine knappe halbe Milliarde, die wir dann auf 50 Jahre mit jährlich 9,43 Millionen Euro zurückzahlen müssen.

Mit diesem jährlichen Betrag könnte ich den kompletten Kinder- und Jugendförderplan 2020-2025 fast zwei Mal finanzieren.

Deshalb müssen wir die Isolierungen im Auge haben und bereits in den kommenden Jahren noch vorsichtiger mit unseren Ausgaben sein.

Die Erhöhung der Personalkosten passt da erst einmal nicht ins Bild. Gegenüber dem Vorjahr haben wir da knapp 24 Millionen Steigerung des Personalkostenetats auf 177 Millionen Euro zu verzeichnen. Eine Kostensteigerung, die wir nun Jahr für Jahr mitnehmen.

227 neue Stellen sollen geschaffen werden, nur knapp 33 werden eingespart.

Herr Oberbürgermeister, ich habe mir das einmal genauer angeschaut.

Bei Ihrer Amtsübernahme gab es bei der Stadt Leverkusen etwas unter 2000 Stellen. Dieses Jahr sollen es über 2700 Stellen werden, also fast 800 Stellen mehr. Das bedeutet eine Steigerung von mehr als 40 %.

Wenn man sich die Stellennettozuwächse seit 2013 anschaut, dann lässt sich das in Teilen erklären, aber nicht durchgängig.

Das ist auch eine Frage von wegbrechender Qualifizierung durch den Wegfall alterfahrener Fachkräfte, die jetzt in großem Maße in den Ruhestand gehen. Dadurch fehlt uns zunehmend qualifiziertes Personal, welches nicht in ausreichendem Maße

auf dem Arbeitsmarkt zu finden ist, um es rechtzeitig einzuarbeiten. Wenn die Qualifizierung aber nicht da ist, brauche ich erst recht viel Personal, um das irgendwie zu kompensieren. Wenn die Rahmenbedingungen an meinem Arbeitsplatz aber nicht stimmen, dann gehen die Leute auch wieder. Und je höher die Fluktuation, desto schwerer ist es, Fachwissen zu vermitteln und für die Stadtverwaltung auch zu konservieren.

Deswegen brauchen wir tatsächlich mehr Mitarbeitende im Personalbereich, die insbesondere die Bereiche Recruiting, Onboarding und Personalentwicklung anpacken und optimieren. Die Anwerbung von neuen Beschäftigten auf das nächste Level heben. Das, was ich bisher von „next LEVel“ gesehen habe, gefällt mir gut.

Das ist es aber nicht allein. Junge Menschen bewerben sich nicht mehr bei uns, wir bewerben uns bei Ihnen. Und sie schauen nicht nur darauf, ob Homeoffice möglich ist oder die 4-Tage-Woche. Sie schauen auch darauf, mit wem sie arbeiten und in welchen Räumen.

Wir wissen, wie es teilweise um unsere Verwaltungsgebäude bestellt ist. Uns wenn wir das Verwaltungsstandortkonzept fortentwickeln wollen, dann müssen wir uns jetzt schon mit den Anforderungen an moderne Arbeitswelten befassen. Heute noch mit 100 % Präsenz der Mitarbeitenden zu planen, ist am Bedarf vorbeigeplant.

Das Thema Verwaltungsstandortkonzept werden wir im Übrigen auch mit festem Blick auf Opladen im aktuellen Jahr noch einmal zum Thema machen.

Zurück zu den Stellen: Für verschiedene Aufgabenbereiche haben wir uns aber auch selbst für die Anmeldung weiterer Stellen stark gemacht, so z. B. im Bereich Kinder und Jugend.

In den nächsten Jahren werden wir mindestens 25 neue Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter einstellen. Damit setzen

wir bundesweit eine Zielmarke. Das machen wir deswegen, weil wir diese Stellen besonders nach Corona für unsere Kinder in den Schulen brauchen. Wir bleiben in der Staffelung der Stellen aber fest bei der Verwaltungsvorlage.

Ganz besonders brauchen wir auch Personal in den Kitas. Erste Städte können jetzt schon keine fertig gebauten Kindertageseinrichtungen eröffnen, weil ihnen das Personal fehlt. Das sollten wir verhindern.

Die CDU-Fraktion hält PIA immer noch für ein gutes Anreizmodell, dass es maximal zu nutzen und ggf. auszubauen gilt.

Wir begrüßen den Stellenausbau im Bereich des KOD und die geplante Einrichtung einer eigenen Leitstelle. Die CDU-Fraktion hat sich von Anfang an für die Einrichtung des KOD und den kontinuierlichen Ausbau stark gemacht. Auch die Einrichtung einer Stabsstelle Clankriminalität erfolgt auf Initiative der CDU-Fraktion und ist ein erster richtiger Schritt zur Bekämpfung von Sozialmissbrauch und anderen Verstößen.

Wir erkennen auch den Mehrbedarf an Stellen beim Fachbereich 37 im Bereich Katastrophen- und Bevölkerungsschutz an sowie beim Fachbereich 04 für die Digitalisierung.

In allen anderen Bereichen werden wir uns genau anschauen, was der Stellenaufwuchs konkret gebracht hat. Wir müssen aber auch anerkennen, dass sich die Fachkräftemangellage in den kommenden Jahren aufgrund der demographischen Entwicklung noch weiter zuspitzen wird. Insoweit können wir wahrscheinlich froh sein, wenn wir die Stellen besetzt kriegen.

Im aktuellen Turnus haben wir noch eine grundlegende Entscheidung getroffen. Wir wollen die Kultur in Leverkusen zukunftsfähig aufstellen. Dafür sehen wir es als erforderlich an, die KSL in ihrer bisherigen Form zum Ende des kommenden

Jahres auflösen und die Kultur in neuer Struktur in die Kernverwaltung zurückführen.

Wir erwarten uns davon eine Stärkung der kulturellen Tätigkeit, weil wir sie von administrativen Tätigkeiten befreien und diese auf andere Fachbereiche aufteilen. Wir wollen der Kultur damit Raum geben und sie besser vermarkten. Uns ist klar, dass diese Entscheidung insbesondere bei den Betroffenen Widerstand erzeugt. Das ist bei Veränderungen immer so und auch absolut nachvollziehbar. Wir werden dafür Sorge tragen, dass der Prozess der Neustrukturierung transparent ist.

Das sind wir den Angehörigen der KSL schuldig, denn sie haben die Kultur in den letzten Jahren durchgehend unter schwierigen finanziellen Bedingungen gemanaged, sei es durch die Einsparung von freiwilligen Leistungen über viele Jahre, um die Gütergleisverlegung in der neuen Bahnstadt zu finanzieren oder auch durch die Corona-Krise und ihre Auswirkungen.

Fest eingeplant ist im kommenden Haushaltsjahr auch wieder der Jugendstadtrat. Herr Frädrich hat einen absolut gelungenen Piloten durchgeführt. Wir freuen uns schon auf die Weiterführung im nächsten Jahr und sind davon überzeugt, dass die Kinder und Jugendlichen wieder viel PS auf die Straße bringen.

Die Autobahn GmbH möchte das übrigens auch, aber auf einer Megastelze. Aber da sind wir uns zum Glück einig: „Keinen Meter mehr im oberirdischen Ausbau“.

Dieses Jahr hat die CDU-Fraktion keine Ergänzungsanträge zum Haushalt gestellt. Auch die SPD und die Grünen werden das dieses Jahr nicht machen. Denn mit Blick auf den sehr auf Kante genähten Haushalt 2023 halten wir es mit Voltaire: „Wer seine Wünsche zähmt, ist immer reich.“

Ich hoffe übrigens, dass Herr Rees sich dieses Jahr auch zähmt und die Augsburger Puppen in der Kiste lässt. Sonst reicht es mir.

Ungeachtet dessen wird die CDU-Fraktion dem Haushalt 2023 zustimmen. Und sie wird sich auch den Herausforderungen der kommenden Jahre stellen.

Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023ff

Rede der SPD-Fraktionsvorsitzenden Milanie Kreutz vor dem Rat der Stadt Leverkusen am 30.03.2023

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sperrfrist: Ende der Rede im Rat

- 1 Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
- 2 liebes Gremium, liebe Presse, liebe Bürgerinnen und Bürger!
- 3 **Herausforderungen**
- 4 Dieses Jahr war die Aufstellung des Haushaltes besonders schwierig. Die Auswirkungen des Kriegs in
- 5 der Ukraine, die Energiemangellage und Inflationskrise, sowie die Corona-Pandemie haben uns sehr
- 6 beschäftigt.
- 7 Auch die Folgen der Flutkatastrophe 2021, dürfen nicht aus dem Blick geraten. Die Verwaltung ist seit-
- 8 dem unermüdlich damit beschäftigt, Reparaturen zu beauftragen, Schäden zu beseitigen und den
- 9 Menschen in unserer Stadt zu helfen!
- 10 Was wir jedoch kritisieren ist, dass das Land die versprochenen finanziellen Hilfen nur sehr schleppend
- 11 bezahlt.
- 12 Insgesamt belaufen sich die anerkannten Flutkosten auf 62 Millionen Euro, davon haben wir grade erst
- 13 einmal 6,6 Millionen erhalten! Dieses Delta ist nicht zu akzeptieren! Das Land darf uns nicht im Stich
- 14 lassen!
- 15 Mit diesem Haushalt müssen wir daher Prioritäten setzen. Das ist aufgrund der aktuellen Krisen nicht
- 16 einfach, da bei der Sanierung, Instandhaltung und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur weiterhin viele
- 17 Baustellen bestehen. Mit dem Fachkräftemangel, den steigenden Baukosten und den Lieferschwierig-
- 18 keiten lauern hier ernstzunehmende Gefahren.
- 19 **Ukrainekrieg, Energiekrise und Inflation – Hürde für die künftige Generation**
- 20 Die Bürger und Bürgerinnen in Leverkusen halten in Krisen zusammen. Wie bei der Flut in 2021 haben
- 21 die Menschen in unserer Stadt auch 2022 geholfen und viele ukrainische Bürger:innen unterstützt.

22 Ob Hilfstransporte, eine sichere Bleibe, Hilfe bei Behördengängen oder der Betreuung der vielen Kin-
23 der. Kleine und große Taten zeigen wie hilfsbereit wir in dieser Stadt sind!

24 Durch den Krieg haben sich die Preise für fossile Energieträger rasant entwickelt und zu einer hohen
25 Inflation geführt. Viele Menschen haben wirtschaftliche Ängste.

26 Die Krise trifft die Menschen aber unterschiedlich hart. Familien, hier besonders Alleinerziehende und
27 alte Menschen leiden unter den steigenden Preisen besonders.

28 Auf dem Weg zu einer klimaneutralen Energieversorgung sind der Bund und die Länder gefordert, die
29 Belastungen der Bevölkerung sozial und gerecht abzufedern!

30 Und auch wir in Leverkusen müssen einen Beitrag zum Ausbau nachhaltiger Energiequellen leisten. Die
31 Einführung der Biotonne ist ein wichtiger Schritt gewesen. Wir trennen Müll und gewinnen Ökostrom.
32 Die EVL und die Stadtverwaltung arbeiten an einem Konzept, um die Klimaneutralität bis 2033 zu er-
33 reichen!

34 Wie werden eigentlich die Krisen der letzten Jahre finanziert? Aktuell – gar nicht! Das Land erlaubt uns
35 die Kosten zu isolieren. Kurz erklärt, es gibt für jede Krise einen Schuldentopf, Corona, Flut, Flüchtlinge,
36 Energiekrise!

37 Stand heute müssen wir diese Töpfe mit 2% pro Jahr ab 2026 (für dann 50 Jahre) abbezahlen! Die
38 Kosten belaufen sich in der Planung bis 2026 auf 471 Mio. Euro. Fast eine halbe Milliarde Euro und
39 damit doppelt so viel wie das Eigenkapital der Stadt.

40 Jährlich müssen wir dann 9,43 Mio. EURO abbezahlen... nur mal im Vergleich: 10 Million Euro wären
41 200 Erzieherinnen, 10 Millionen Euro sind 2/3 der Kosten des offenen Ganztages an allen Leverkusener
42 Grundschulen. Wir leihen uns Geld bei den zwei nächsten Generationen!

43 Bund und Land müssen die Kommunen massiv finanziell unterstützen. Uns zu erlauben Schulden zu
44 machen reicht nicht wir müssen die Finanzen langfristig stabilisieren.

45 **Gewerbesteuer**

46 Wir sind natürlich bestrebt dieser Gefahr auch aus einer Kraft entgegen zu wirken. Wir wollen die Ein-
47 nahmen der Stadt weiterhin stärken. Die von Oberbürgermeister Uwe Richrath angestoßene Gewer-
48 besteuersenkung ist der Hauptgrund, weshalb wir heute noch handlungsfähig sind.

49 Nun erwägt aber die schwarz-grüne Landesregierung sogenannte „Gewerbesteuer-Oasen“ auszutrock-
50 nen und denkt dabei auch an negative Schlüsselzuweisungen bzw. Strafsteuern.

51

52 Dazu möchte ich sagen, dass wir den Hebesatz gesenkt haben, damit die Unternehmen, die hier pro-
53 duzieren, auch hier ihre Steuern zahlen!

54 Leverkusen trägt die Lasten und Risiken der Industrie, dann müssen unsere Bürger:innen auch von den
55 Steuereinnahmen profitieren! Jetzt über Strafzahlungen nachzudenken, ist der falsche Ansatz!

56 Unser Steuereinkommen pro Kopf ist vergleichbar mit Köln und Düsseldorf. Beide Städte sind nach
57 Auffassung der Landesregierung auch keine Steueroasen!

58 **Schulsozialarbeiter:innen**

59 Ein Thema das uns in der diesjährigen Haushaltsberatung besonders bewegte sind die Schulsozialar-
60 beiter:innen. Kinder und Jugendliche haben durch die aktuelle Lage einen höheren Unterstützungsbe-
61 darf.

62 Das Land hat eine wichtige Förderung auslaufen lassen und somit uns als Stadt in die Situation gebracht
63 die Kosten zu übernehmen.

64 Eine Umfrage hat zudem ergeben, dass der Bedarf gestiegen ist und weitere Schulsozialarbeiter:innen
65 dringend benötigt werden. Daher haben wir uns interfraktionell verständigt und die Verwaltung be-
66 auftragt, bis zu den Haushaltsplanberatungen ein Konzept für alle Schulen vorzulegen.

67 Im Haushalt ist es uns nun gelungen die weiteren Bedarfe zu priorisiert und bis zum Haushaltsjahr
68 2025 insgesamt 25 Stellen gestaffelt unterzubringen.

69 Ob diese den tatsächlichen Bedarf letztlich decken, wird sich zeigen. Bei den Einstellungen bis 2025
70 müssen wir genau schauen an welchen Schulen die Notwendigkeit am dringendsten ist .

71 Die SPD Fraktion erarbeitet aktuell einen Antrag, der sich mit den Aufgaben der Schulsozialarbeit be-
72 beschäftigt. Es gilt nicht nur mehr Stellen zu schaffen, sondern die Arbeit zu unterstützen.

73 **Die SPD-Fraktion als starke Partnerin der Verwaltung – Tarifverhandlung und Stellenplan**

74 Mit Blick auf die Zusammenarbeit mit der Verwaltung der Stadt Leverkusen, möchte ich mich bei Ober-
75 bürgermeister Richrath, Frau Deppe, Herrn Lünenbach, Herrn Molitor und Herrn Adomat stellvertre-
76 tend für alle Mitarbeiter:innen bedanken.

77 Die Menschen in dieser Verwaltung geben tagtäglich ihr Bestes, damit die von uns gefassten Be-
78 schlüsse in die Tat umgesetzt werden. Sie sind die Brücke zwischen Politik und Bevölkerung. Sie müssen
79 in ihrer täglichen Arbeit im Kontakt mit den Menschen in unserer Stadt unsere Politik umsetzen. Sie
80 stärken damit die Demokratie und das ist in Zeiten wachsenden rechten Populismus wichtiger denn je!

81 Unsere Fraktion unterstützt die aktuellen Tarif-Forderungen im öffentlichen Dienst. Den Mitarbeiten-
82 den der Verwaltung gerechtere Löhne zu zahlen, ist aus unserer Sicht unabdingbar.

83

84 Der Stellenplan im Haushalt 2023 hat den bevorstehenden demographischen Wandel im Blick.

85 Der Aufwuchs der Personalstellen ist mit vielen neuen Aufgaben begründet. Wenn wir als Rat etwas
86 Neues beschließen, müssen wir auch die personellen Ressourcen dafür schaffen. Eine starke Kommune
87 braucht eine starke Verwaltung!

88 **Abschluss**

89 Mit dem eingebrachten Haushalt haben der Kämmerer Michael Molitor und sein Team ihr Bestes ge-
90 geben, um einen anzeigepflichtigen Haushalt aufzustellen. Für die Haushaltsberatungen in den Frak-
91 tionen und den aus meiner Sicht sehr guten letzten Finanzausschuss möchte ich mich besonders be-
92 danken.

93 Wir haben in den letzten Wochen Kompromisse erarbeitet und so den Spagat zwischen Sparsamkeit
94 und Investitionen in die Zukunft unserer Stadt gemeistert.

95 Das ist auch der Punkt an dem ich mich für die Zusammenarbeit in meiner eigenen Fraktion und den
96 anderen Fraktionen bedanken möchte. Die SPD-Fraktion ist eine starke und zuverlässige Partnerin und
97 wird auch zukünftig effektiv und zielgerichtet die Belange der Stadt im Fokus haben.

98 Die Beratungen der letzten Wochen haben gezeigt, dass wir uns in schweren Zeiten auf das besinnen
99 was uns eint! Das motiviert mich!

100 Liebe Ratsmitglieder, lassen sie uns heute diesen Haushalt mit breiter politischer Unterstützung be-
101 schließen, damit wir morgen unsere Ziele umsetzen können

102 Ich danke für ihre Aufmerksamkeit!!!!



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Mülheimer Str. 7A · 51375 Leverkusen

Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen

Marc Nohl

Geschäftsführer

Geschäftsstelle

Mülheimer Str. 7A

51375 Leverkusen

Tel.: +49 (214) 50 33 08

Fax: +49 (214) 31 19 87 90

fraktion@gruene-lev.de

Leverkusen, 30. März 2023

Rede der Fraktionsvorsitzenden Roswitha Arnold zum Erlass der Haushaltssatzung 2023

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Zuhörer*innen,

die Stadt Leverkusen muss die Auswirkungen des Angriffskriegs von Wladimir Putin stemmen, sie arbeitet weiter an der Beseitigung der Flutschäden, kann nach der Pandemie erst langsam wieder in einen Normal-Modus zurückkehren, und sie steht in Bezug auf den Klimawandel vor gewaltigen Herausforderungen.

Die finanziellen Voraussetzungen und Folgewirkungen hierfür sind im Haushaltsplan für die Jahre ab 2023 abgebildet und ergeben eine Finanzplanung, die Zitat Herr Kämmerer Molitor „auf Kante genäht ist“.

Wichtig für uns GRÜNE ist also, genau hinzusehen, welche politischen Weichenstellungen für das kommende Jahr erkennbar und vorgenommen sind:

Zur Verringerung der CO₂-Emissionen und der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels haben Politik und Verwaltung zahlreiche wegweisende Konzepte erarbeitet und beschlossen. Auch der vorgelegte Entwurf einer Grünsatzung als örtliche Bauvorschrift scheint ebenfalls mehrheitsfähig zu sein.

Wenn in diesem Jahr nun auch der Entwurf einer Grünschutzsatzung für die bereits bestehenden Flächen und Bepflanzungen beauftragt wird, gewinnen wir einen weiteren dringend erforderlichen konzeptionellen Baustein als eine flankierende Maßnahme zum Schutz vor Hitze und Trockenheit sowie zur Flächenentsiegelung. Und auch die Notwendigkeit, sich verstärkt mit einer kommunalen Wärmeplanung zu beschäftigen, wurde erkannt.

Hier kommt es auf eine enge Kooperation mit der EVL an, die hierzu mit ihren Projekten einen hervorragenden Aufschlag gemacht hat. Ebenfalls müssen Bezüge zu den Beteiligungen der Stadt – ich meine hier vor allem die AVEA – mitgedacht und in den Entscheidungsprozess aufgenommen werden.

Vielen Dank, Herr Beigeordneter Lünenbach, dass Sie dies deutlich formuliert haben!

Im Haushaltsplanentwurf werden die Ziele zum Klimaschutz und die notwendigen Anpassungsmaßnahmen definiert und mit Etatmitteln versehen.

Nun gilt es, beschlossene Konzepte auch umzusetzen. Viel Zeit haben wir nicht mehr.

Bei neuen Bauvorhaben werden zukunftsweisende Energie- und Wärmekonzepte verfolgt. Eigentümer*innen beschäftigen sich in zunehmendem Maße mit entsprechenden Umbau- und Sanierungsmaßnahmen. Förderprogramme zum Ausbau der Photovoltaik und zur Dach- und Fassadenbegrünung wurden angekündigt.

Und doch liegen viele weitere Maßnahmen aus dem Klimaschutz- und dem Mobilitätskonzept noch immer in der Schublade.

Vor allem bei der Verkehrswende und der Umgestaltung unserer Verkehrsräume zur Förderung des ÖPNV oder des Rad- und des Fußgängerverkehrs kommen wir nicht voran. Auch wenn dies zum Teil auf Personalengpässe zurückzuführen ist, fordern wir Politik und Verwaltung auf, sich auf die notwendigen Veränderungen einzulassen, in Bezug auf die notwendigen Transformationsprozesse mutig zu sein und in den geplanten Maßnahmen vor allem den Gewinn zu sehen.

Ja – unsere Ziele in Bezug auf den Klimaschutz sind ambitioniert. Und das ist auch notwendig!

Für das Erreichen dieser Ziele sind konkrete Fahrpläne erforderlich. Nur so können wir kontinuierlich überprüfen, ob die gesteckten Ziele erreicht werden und ob eine Nachsteuerung erforderlich ist.

Genau dafür haben wir ein Beschluss-Monitoring gefordert, das heute nach einstimmigen Vorberatungen sicher verabschiedet wird und als Blaupause auch für andere Dezernate gelten soll.

Dieses Monitoring schafft Transparenz und richtet den Fokus auf die Umsetzung und den Prozess beschlossener Maßnahmen – es verhindert zudem, dass permanent Wiederholungs- oder Ergänzungsanträge gestellt werden, beschlossene Konzepte aufgeweicht oder gar konterkariert werden. Damit ist das Monitoring ein Gewinn für Politik und Verwaltung.

Im Zusammenhang mit den erforderlichen Anpassungsmaßnahmen hat die Bildung für nachhaltige Entwicklung eine besondere Bedeutung. Sie ermöglicht nicht nur Teilhabe, sondern fördert das Umweltbewusstsein und schafft so die Grundlage für die Verankerung eines verantwortungsvollen Handelns der Menschen in einer sich verändernden Welt. Auch hier begrüßen wir, dass die Stadt entsprechende Maßnahmen kontinuierlich ausbaut.

Wir GRÜNE richten den Blick auf mögliche Synergien, wie städtische Einrichtungen und Beteiligungen besser kooperieren können und werden uns nochmals dem Fuhrparkmanagement widmen. Die wupsi ist hier eine starke Partnerin.

Eine große Baustelle bleibt der Ausbau der Kita-Plätze. Wir können nicht so weitermachen wie bisher:

Immer dann, wenn Planungen konkret werden, melden sich Bedenkenträger*innen und setzen sich für Einzelinteressen oder nochmals zu verändernde Nutzungskonzepte ein – im Ergebnis verhindern sie eine zügige Umsetzung des Rechtsanspruchs von Eltern.

Dieses Abweichen von grundsätzlicher Absichtserklärung und Verhinderung von konkreten Maßnahmen müssen wir überwinden. Tragfähige Lösungen erzielen wir nur, wenn wir an einem Strang ziehen.

„Der Rat ist kein Wettbewerb der Ideen, sondern der Interessen“ – das ist ein Zitat des ersten grünen Bürgermeisters Klaus Wolf.

Seine Einschätzung trifft auf einen Antrag in diesem Turnus besonders zu: den Antrag von CDU, SPD und anderen zur Aufspaltung der städtischen Kultur.

Bei diesem Antrag geht es offenkundig viel mehr um Einzelinteressen als um die Bedeutung von Kultur für die Stadtgesellschaft und die Kulturschaffenden. Zudem wird der zweite Schritt vor dem ersten gemacht. Das lehnen wir ab.

Was hingegen Einigkeit bewirkt, zeigt der breit getragene Widerstand gegen den geplanten Autobahnausbau. Wir nehmen die Interessen unserer Stadt mit einer Stimme wahr – nur

diese Einigkeit kann ein Umdenken auf Bundesebene bewirken. Der Bundesverkehrsminister muss eine Lösung vorstellen, die den klimapolitischen Zielen Deutschlands und den berechtigten Interessen der Stadtgesellschaft entspricht. Wir alle wollen ein lebenswertes Leverkusen.

Herrn Kämmerer Molitor und der Verwaltung ist es gelungen, für 2023 einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen.

Unser Dank dazu gilt ihm und Herrn Oberbürgermeister Richrath, in gleicher Weise wie der Beigeordneten Deppe und den Herren Beigeordneten Lünenbach und Adomat sowie allen Mitarbeitenden.

Unsere Handlungsspielräume sind klein, und die Isolierungen im Haushalt werden in den folgenden Jahrzehnten zu erheblichen Belastungen führen.

Wir haben uns daher gemeinsam mit CDU und SPD dazu entschlossen, keine haushaltswirksamen Anträge zu stellen.

Wir unterstützen die Verwaltung auf dem Weg zu einer weiterhin handlungsfähigen Stadt und stimmen dem Haushaltsplan und dem Stellenplan zu.



Haushaltsrede 2023

Womit fängt man dieses Jahr bei einer Haushaltsrede an?

Es fällt schwer bei dieser prekären Haushaltslage einen Einstieg zu finden. Man könnte jetzt über alles und jeden schimpfen, möchte ich aber nicht. Einige Anmerkungen müssen aber doch gemacht werden.

Da ist als erstes der verbrecherische von Putin angezettelte Ukrainekrieg, der allen Kommunen eine große Anzahl zusätzlicher Flüchtlinge beschert, die alle versorgt werden müssen. Zusätzlich leiden wir immer noch unter der Corona-Krise. Bei der Mitfinanzierung macht sich das Land und der Bund einen schlanken Fuß und lässt die



BÜRGERLISTE

Kommunen im Regen stehen. Es fehlt an Sozialleistungen, Kindergärten, Schulen und Kultur, um nur einige zu nennen.

Um an vermeintlich mehr Geld zu kommen, ist man seitens der Politik auf die Idee gekommen, die Gewerbesteuer drastisch zu senken. Dadurch sollen alte und neue Betriebe angelockt werden, siehe Monheim. Kommt aber bei anderen Kommunen asozial rüber. Wenn alle Kommunen dem Beispiel folgen würden, würde eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt werden, die nur Aktionären zugutekommt und die Bevölkerung in die Röhre schauen lässt. Dem soll aber ein Riegel vom Städtetag vorgeschoben werden.

Mich treibt aber noch etwas anderes um.

Es geht um die Autobahnen durch unseren Ort. Sie werden jetzt fragen: Was hat das mit



unserem Haushalt zu tun? Ich komme zum Ende darauf zurück.

Da hat ein Leverkusener Bürger eine Ausarbeitung über die volkswirtschaftlichen Kosten im Vergleich zu den Baukosten ins Verhältnis gesetzt. Dieser Vergleich lässt eine ganz andere Sichtweise auf den Ausbau der Autobahnen zu, der Ihnen allen zugegangen ist.

Festzustellen ist, wenn die Ausschreibung für die zweite Brücke nicht bis Anfang Mai gestoppt wird, ist die Vorzugsvariante der Autobahn GmbH betoniert. Sprich, 8-spurige Stelze quer durch Leverkusen. Bedeutet, Bauzeit bis 2040, Lärm und Dreck. Dabei laufen wir Gefahr, dass bei solchen Aussichten, Firmen abwandern und das Steueraufkommen im Haushalt noch weniger wird.



Wir sollten jetzt alle an einem Strang, ohne persönliche Animositäten, ziehen, wenn wir verhindern wollen, dass Leverkusen die nächsten 100 Jahre zubetoniert wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Karl Schweiger

Rat 30. 3. 2023, Redebeitrag zur Haushaltsdebatte,
Opladen plus, Markus Pott
Sperrfrist 30. 3. 2023, Ende der Haushaltsdebatte

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

meine Haushaltsrede möchte ich mit einem Zitat der grünen Fraktionsvorsitzenden aus dem ZAK-Arbeitskreis beginnen: „Wir brauchen einen Paradigmenwechsel bei der Entsiegelungsfrage“. Da hat Frau Arnold recht. Allerdings noch besser als entsiegeln ist es, den Quatsch gleich bleiben zu lassen.

Hier sind leider, und das macht mich wahnsinnig, die Grünen nicht zu bremsen. Ohne groß über Alternativen nachzudenken, folgen sie dem Vorhaben, eine neue Feuerwache ins Grüne zu bauen. Das ist bitter: Gewählt, um Umweltbelange im Auge zu haben, öffnen sie hier einer Umweltsünde Tür und Tor, der Hütehund macht das Gatter auf, damit sich die Wölfe des Nachts an der Schafherde bedienen können.

Warum haben sich die Grünen zu einem derartig eklatanten Verstoß gegen die Umweltratio hinreißen lassen? Meine Beobachtung ist, den Grünen sind die grünen Belange offensichtlich nicht so wichtig. Sie haben sich trotz der Schwere der Entscheidung nicht wirklich mit den Alternativen befasst. Unser Vorschlag, man könne doch mal über eine Autobahnüberbauung nachdenken, wurde belächelt, die Ausführungen der Verwaltung zu den in Erwägung gezogenen Standortalternativen wurden nicht wirklich gelesen. Da war aber zu sehen gewesen, dass das Gleisdreieck unter der derzeitigen Erschließungssituation betrachtet worden ist. Die Erschließung ließe sich aber mit guten Willen ändern. Eine Mühe, die vor dem Hintergrund des nun bevorstehenden Frevels An den Heunen geboten wäre.

Im Nachhinein kann ich den Mut der Bahnstadtväter und auch der späteren Macherin, Frau Rottes, nur einmal mehr bewundern für das, was sie auf die Beine gestellt haben. Von diesem Elan ist heute nichts mehr da. Dabei wäre die Erschließung des Gleisdreiecks vergleichsweise ein Kindergeburtstag.

Eine selten breite Ratsmehrheit kämpft derzeit um keinen Meter mehr beim Autobahnausbau, um selbst nebenan an der A3 gleich eckig Fläche unter den Bagger zu schicken. Da lacht uns doch im Verkehrsministerium jeder aus für diese Leverkusener Inkonsequenz.

Wie soll es nun weitergehen? Geht es überhaupt weiter? Am Köllerweg (ein Geschenk des Himmels!) haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Umweltbeamten in der Bezirksregierung nicht mehr jeden Flächenfraß zulassen. Was nun, wenn hier An den Heunen, einem ähnlichen, aber ungleich größeren Fall, die Bezirksregierung auch ein Veto einlegt? Was ist der Plan B?

Nun zur Arroganz der Macht. Der zerstörerische Antrag, von Schwarz-Rot-Gelb zur KSL ist so ein Beispiel. Ganz abgesehen davon, dass er in einem etwas sonderbaren demokratischen Verfahren entstanden ist. Wer immer predigt, Vorlagen und Anträge dürfen nur fristgerecht

auf die Tagesordnung und dann diesen Antrag gegen alle Regeln der Geschäftsordnung als Tischvorlage in die Gremien presst, ist ein ganz schlechtes Vorbild und trägt gerade zu der kommunalpolitischen Kultur in Leverkusen bei, die ein vernünftiges Miteinander hier im Rat so schwierig macht.

Zu einem gewissen Anteil schnitzt sich der Rat seine Problemfälle selbst. Dabei denke ich auch an Erhard Schoofs. Über viele Jahre hinweg war er mein Vorredner in der Haushaltsdebatte. Dieses Jahr erstmalig nicht.

Erhard Schoofs hat diesen Rat über mindestens zwei Jahrzehnte hinweg dominiert. Mit ellenlangen Redebeiträgen. Voller Wiederholungen. Oft scharf, mitunter auch unter der Gürtellinie.

So laut wie Erhard Schoofs war, so still war sein Abgang. Das macht betroffen. Ich hätte ihm einen anderen Ausstieg gegönnt. Erhard Schoofs war nicht eitel, es ging ihm nie um sein Ego, nur um die Sache. Das ist nicht selbstverständlich. Dafür hat er meinen Respekt.

Erhard Schoofs stand gerne quer im Stall. Das lag ihm wohl im Blut, war aber sicher auch eine Folge des Umgangs mit ihm. Wer ständig vor die Pumpe läuft, hat Mühe, ein Feingeist zu bleiben. Das sollten die Großen im Auge haben.

Zum Haushalt:

Es ist ein unglaubliches Glück, dass das Gewerbesteuerexperiment funktioniert hat. Den Versuch haben wir mitgetragen und stehen auch weiterhin dazu. Die wiedererlangte Haushaltssouveränität wird auch sehr intensiv genutzt. Die Liste der Investitionen ist beeindruckend. Die Stadt entwickelt sich offensiv.

Allerdings ist für Träumereien kein Geld da. Wer in Leverkusen und in Langenfeld eine Eigentumswohnung hat, hat mit jedem Grundbesitzabgabenbescheid die Realität klar vor Augen. Leverkusen ist sauteuer! Hier ist Handlungsbedarf. Ziel muss sein, die Grundsteuer zukünftig wieder auf ein Normalmaß zu senken.

Auch bürden wir zukünftigen Generationen durch die Corona und Ukraine Krisen erhebliche Lasten auf. Die Kosten dürfen zwar abgegrenzt werden, belasten aber zukünftige Haushalte mit nahezu 10 Mio. Euro jährlich, über die nächsten 50 Jahre! Geld das nicht für Kinder- und Jugendarbeit, nicht für Sportstätten zur Verfügung steht.

Aber zunächst einmal bedanken wir uns für die viele Mühe um den Haushalt 2023 den das kompetente, mitunter kreative und dabei stets freundliche Team des Fachbereichs Finanzen auf die Beine gestellt hat.

Vielen Dank!

Haushaltsrede –

Wir haben kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem!

Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

Schulden machen trotz Rekordeinnahmen – die Stadt Leverkusen steht damit stellvertretend für ein generelles Problem unserer heutigen Zeit.

Denn wir haben seit Jahrzehnten - von der etablierten Politik verantwortet - kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem!

Noch nie war die Staatsquote in Deutschland so hoch.

Die Bürger ächzen unter der hohen Einkommenssteuer.

In Zeiten hoher Inflation und entsprechender Lohnabschlüsse noch verstärkt durch eine starke kalte Progression.

Die Mehrwertsteuer belastet seit jeher gerade mittlere und kleine Einkommen.

Zahlreiche Zusatzsteuern pressen Bürger und Unternehmen darüber hinaus aus.

Auf kommunaler Ebene kommen weitere Steuern, Gebühren und Abgaben hinzu.

Die öffentliche Hand – sei es Bund, Land, oder Kommunen – nehmen Bürgern und der Wirtschaft jedes Jahr mehr Geld ab.

Aber warum reicht es dann trotzdem nie und werden auf allen Ebenen weitere Schulden aufgehäuft?

Weil die öffentliche Hand zum einen von den regierenden Altparteien schlecht geführt und gemanagt wird.

Und weil zu viel Geld für eine falsche Politik und unsinnige oder sogar schädliche Projekte ausgegeben werden.

Nochmal: Wir haben kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem!

Das belegt exemplarisch auch der Haushaltsentwurf der Stadt Leverkusen:

Trotz erwarteter Rekorderträge von fast 850 Millionen Euro bedarf es eines erneuten Rückgriffs auf die sogenannte „Ausgleichsrücklage“ – sozusagen das bilanzielle Tafelsilber der Stadt – damit der Haushalt auf dem Papier ausgeglichen ist.

Zumindest der offizielle, denn es werden zudem erneut hohe zweistellige Millionensummen für Corona- und Ukrainekrieg-bedingte Ausgaben als neue Schulden in Schattenhaushalte ausgelagert und isoliert.

Diese Ausgaben zählen als „Sondereffekte“ in den normalen Abschluss gar nicht hinein, sondern schlummern nun als tickende Zeitbomben in den Bilanzen.

Denn niemand weiß heute, wie die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der mittel- und langfristigen Behandlung dieser Schulden aussehen werden!

Es ist deshalb umso verantwortungsloser, trotz der sprudelnden Einnahmen nicht stärker bei den Ausgaben gegen zu steuern.

Apropos Einnahmen:

Die Stadt Leverkusen erwartet auch für das Haushaltsjahr 2023 aufgrund ihres niedrigen Gewerbesteuersatzes Rekorderlöse.

Nach etwa 200 Millionen im Jahr 2022 wird für den neuen Haushalt mindestens eine ähnliche hohe Summe erwartet, in den Folgejahren sogar noch mehr.

Aber auch dieser Sondereffekt als Steueroase auf Kosten anderer Städte ist für die Zukunft mit einem großen Fragezeichen behaftet.

Denn eine sogenannte „negative Schlüsselzuweisung“ – also eine Art Strafsteuer – ist auf Landesebene für diese Art von Steueroasen schon im Gespräch.

Es schlummern also viele Risiken in einem Haushalt, der trotz hoher Einnahmen nicht mit dem vorhandenen Geld auskommt, weil die Politik die falschen Ziele und Methoden verfolgt.

Denn auch Leverkusen hat kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem!

Beispiele gefällig?

Die ideologiegetriebene einseitige Energiewende-, Klimaschutz- und Verkehrspolitik wird inzwischen auch in Leverkusen verfolgt und verschlingt große Summen.

Für Ziele, die bestenfalls nicht viel bringen, manchmal aber sogar richtig schaden und Wirtschaft und Bürger drangsaliieren.

Ein weiterer, noch größerer Ausgabeposten ist das Personalwesen der Stadt.

Mit rund 178 Millionen Euro werden dafür 2023 sogar noch fast 25 Millionen Euro mehr angesetzt als im Vorjahr!

Keine Frage: Qualifiziertes Personal ist wichtig. Aber jeder weiß doch, dass bei der öffentlichen Hand gerade im Personal- und Organisationsbereich Optimierungs- und Einsparpotentiale brach liegen.

Leider auch in Leverkusen, wo man nun stattdessen noch auf das Gaspedal anstatt auf die Bremse drückt!

Ein weiteres Beispiel sind die in den letzten Jahrzehnten wie Pilze aus dem Boden geschossenen städtischen Gesellschaften und Ausgliederungen.

Aufgaben, die früher zuverlässig von einem Beamten des höheren Dienstes erledigt wurden, wurden dadurch plötzlich von neu bestellten Geschäftsführern mit teils doppelt oder dreifach so hohen Salären gemanagt.

Dass diese lukrativen Posten dann noch oftmals verdienten Parteigenossen aus der etablierten Politik zufielen, ist natürlich nur bloßer Zufall.

Ein Schelm jedenfalls, der Böses dabei denkt!

Abgesehen von der Problematik mit den Geschäftsführergehältern haben sich diese Ausgliederungen auch sonst oft als kostspieliger und auch nicht effizienter als die reguläre Verwaltung erwiesen.

In diesem Sinne ist es zu ausdrücklich begrüßen, dass wenigstens bei der Kulturstadt Leverkusen nun endlich einmal der umgekehrte Weg beschritten wird.

Sie sehen, verehrte Kollegen der Mehrheitsfraktionen: #

Die AfD lobt sie auch, wenn es etwas zu loben gibt!

Und wir würden Sie gerne noch viel mehr loben:

Wenn Sie weniger Geld für die oben genannte Politik ausgeben würden und stattdessen mehr für unsere Kinder, Schulen und Kitas, Sicherheit und Ordnung und vieles andere tun würden.

Dafür bräuchte es oftmals gar nicht viel Geld, sondern eher guten Willen und Entschlusskraft.

Manchmal würde schon der Mut zur Benennung politisch unkorrekter Wahrheiten als erster Schritt zur Besserung reichen.

Dieser Mut fehlt Ihnen aber leider.

Ebenso wie eine tragfähige finanzpolitische Vision für unser Leverkusen.

Denn Leverkusen hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem!

Das zeichnet auch den Haushaltsentwurf aus, der heute von den Mehrheitsfraktionen verabschiedet werden soll.

Die AfD-Fraktion empfindet ihn jedenfalls als politisch unzureichend und haushaltstechnisch unseriös - mit erheblichen bilanziellen Risiken für die Zukunft.

Wir werden die entsprechenden Verwaltungsvorlagen und Änderungsanträge der Mehrheitsfraktionen deshalb alle ablehnen.

Vielen Dank!

Sperrfrist 30.3.2023

Beginn der HH-Beratungen



Haushaltsrede zur Etat-Debatte 2023

FDP-Ratsfraktion Leverkusen

30. März 2023

Es gilt das gesprochene Wort!

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens, Fraktionsvorsitzende

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat, verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse!

Heute liegt die Entscheidung über den Haushaltsplanentwurf für 2023 sowie für die darauffolgenden Jahre vor uns. Der Haushalt ist extrem ambitioniert aufgestellt worden und eine schwarze Null ist weit entfernt. Der erneute geplante Rückgriff auf die Rücklagen der Stadt stellt ein großes Risiko dar. Fast 18 Mio Miese können uns nicht einfach zur Tagesordnung übergehen lassen. Die FDP-Fraktion wird im laufenden Haushaltsjahr deshalb immer wieder Anträge stellen, die der Konsolidierung des Haushaltes dienen sollen. Mit vielen Positionen im Haushaltsplanentwurf, vor allem mit vielen drastischen Ausgabensteigerungen, können wir uns nicht zufrieden geben. Um nicht den nächsten Generationen große finanzielle Bürden aufzuerlegen, müssen wir jetzt Haushaltsdisziplin beweisen. Da werden manche wünschenswerte Projekte auf den Prüfstand müssen.

Aber wir Freien Demokraten werden diesem Haushaltsentwurf zustimmen, denn er gibt einige Optionen für Gestaltung, was in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen ist. Und wir hoffen natürlich auf ein positives Ergebnis beim Jahresabschluss 2022, die Gewerbesteuererinnahmen geben hier Anlass zur Hoffnung. Erneut zeigt sich, dass die mutige und von der FDP schon seit so vielen Jahren vorgeschlagene **Gewerbesteuer senkung** der richtige Schritt war! Im Zuge der Grundsteuerreform erwarten wir dann auch ein entsprechendes Entgegenkommen den Grundsteuerzahlenden gegenüber, das werden wir auch immer wieder anmahnen.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen bei der Umsetzung von Entscheidungen sowie auch bei Entscheidungen selbst schneller werden. Es wird zu viel auf die lange Bank geschoben. Es gibt in dieser Stadt weiterhin viel zu viel Stillstand.

Bei der **Verwaltungsmodernisierung** muss endlich von 2 Seiten aus gedacht werden: 1. Wie können wir den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger effizient und kundenorientiert begegnen? Diese sind übrigens unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und halten den Laden am Laufen. Und 2. Was erwartet die potenzielle zukünftige Mitarbeiterschaft von ihrem Dienstherrn? Wie möchte die junge Generation arbeiten? Welche Dienstleistungen können wir vereinfachen? Nur mit der Begegnung der Bedürfnisse von BEIDEN Seiten des Servicecounters können wir es schaffen, moderner Arbeitgeber zu sein, in dem sich Mitarbeiter wohl und wo die Bürgerinnen und Bürger sich gut versorgt fühlen.

Warum gehen die Modernisierungen und Neubauten von **Schulen** so unendlich langsam? Um die Lehrerschaft bei der Realisierung des digitalen Unterrichts mit seinen vielen kreativen Möglichkeiten zu unterstützen, brauchen wir Digital-Coaches in der Schulverwaltung, die alle Lehrenden und bei Bedarf auch Eltern und Schüler beraten. Und hinsichtlich der Bauten-Modernisierung sind alternative Lösungen anzudenken, wie auch ÖPP-Projekte, damit nicht nur die Schultoiletten aus den 60er Jahren bald endlich der Vergangenheit angehören. Gerade bei der flutgeplagten Theodor-Heuss-Realschule müssen zwingend ortsnahe Lösungen her, damit wir die Schule nicht mangels Schülern aufgeben müssen. Würden Sie als Opladener Ihr Kind auf eine Schule schicken, die an das andere Ende der Stadt ausgelagert worden ist und Schulwege von 45 Minuten pro Richtung keine Seltenheit sind? Ich nicht!

Die **Wirtschaftsförderung** muss nun unter Beweis stellen, dass die beschlossenen Personalaufstockungen einen Effekt haben. So erwarten wir Freien Demokraten von der WFL, dass sie sich aktiv, konsequent und sichtbar für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Leverkusen stark macht. Dazu gehört die Zukunftssicherung der drei Zentren Wiesdorf, Opladen und Schlebusch. Insbesondere Wiesdorf wird mit der Schließung des Kaufhofes im Fokus stehen müssen, um nicht zum Geisterzentrum zu werden. Hier bedarf es der Analyse bestehender Zentrenuntersuchungen in Deutschland sowie der Übertragung von Erkenntnissen auf Leverkusen. Gerade die neu gegründete Stadtentwicklungsgesellschaft wird ebenfalls zu einem wichtigen Faktor für die Zukunft Wiesdorfs. Wir sehen, dass dort bereits aktiv daran gearbeitet wird, aus der maroden City C einen attraktiven Standort für Wohnen und Leben zu machen, so kann der Wiesdorfer Innenstadt nachhaltig neues Leben „eingehaucht“ werden. Unser Dank geht an die rührigen Akteure in der Stadtentwicklungsgesellschaft! Und hier sehen wir auch die Wirtschaftsförderung als Kooperationspartner in der Pflicht.

Das Probierwerk, neues Quartier der WFL, befindet sich in direkter Nachbarschaft zur neu eröffneten Hochschule, dies muss als Aufgabe der WFL verstanden werden, Innovationen am Wirtschaftsstandort Leverkusen dann auch in Unternehmen zu transferieren!

Ein guter und sicherer **Wirtschaftsstandort** ist ein wichtiger **Sozialfaktor**, denn er sichert die Lebensgrundlage der Menschen in der Kommune. Sichere und tarifbezahlte Arbeitsplätze sichert Familien die finanzielle Grundlage. Dadurch kann der Kinderarmut in unserer Stadt nachhaltig begegnet werden. Jegliche Verhinderungs- und Verzögerungsstrategie der Verwaltung bei Firmenexpansion und Firmenansiedlung wie auch bei Bauvorhaben muss ein Ende haben. Denn wir brauchen auch mehr Wohnungsbau und mehr bezahlbaren Wohnraum, damit Kinder zuhause Rückzugsräume für sich finden können.

Wir brauchen ein verlässliches Angebot im **Bildungsbereich**, welches Defiziten, die zuhause nicht ausgeglichen werden können, begegnet. Wir müssen uns mehr um die Ausbildung von Erziehern kümmern, damit nicht nur Kitas gebaut, sondern diese auch mit Personal ausgestattet werden können. Da ist das PIA-Modell das der Zukunft! Nur mit gutem Bildungsangebot können wir Kindern und Jugendlichen eine Perspektive geben für die Zeit nach der Schule. Kein Abschluss ohne Anschluss muss ebenso gelten wie das Ziel, keine Jugendlichen ohne Abschluss aus der Schule zu entlassen.

Bauen wir endlich mutig Freizeitanlagen für **Jugendliche über 12 Jahre**, auch wenn sie bei den direkten Nachbarn nicht immer auf Jubel stoßen. Jugendliche haben ein Recht, sich informell zu treffen, ihre Freizeit zu gestalten, auch außerhalb von Vereinen mit Bällen zu spielen und sich auszutauschen, sprich einfach zu chillen. Sorgen wir endlich dafür, dass es in Leverkusen einen Club/eine Discothek gibt, damit junge Menschen tanzen und feiern gehen

können, ohne nach Köln fahren zu müssen. Öffnen wir den Neulandpark als gut erreichbares Freiluftareal für Jugendveranstaltungen aller Art. Kümmern wir uns endlich um die älteren Kinder und Jugendlichen. Nehmen wir die Entscheidungen des so erfolgreich durchgeführten **Jugendstadtrates** ernsthaft als Auftrag an, denn das sind die politischen Wünsche der nächsten Generation. Und etablieren wir einen jährlichen Jugendstadtrat in Leverkusen, um den politischen und sozialen Blickwinkel zu erweitern!

Einen wichtigen Tagesordnungspunkt haben wir heute auf unserer Agenda. Die Neuordnung der **Kultur** in Leverkusen. Dies ist seit vielen Jahren ein wichtiges Anliegen der FDP, haben wir doch schon früh erkannt, dass die KSL in der langfristigen Betrachtung einen „Webfehler“ hat, da sie gegründet worden ist, um Kultur zu verwalten. Gleichzeitig ist sie finanziell so aufgestellt, dass sie kontinuierlich ihr Eigenkapital aufzehrt. Was wäre, wenn das Eigenkapital in naher Zukunft verbraucht wäre? Um hier Einhalt zu gebieten und der Kultur in Leverkusen sowohl finanziell als auch kreativ neue Spielräume zu verschaffen, hat die FDP schon seit Jahren die Auflösung dieses Konstrukts gefordert. Durch die intensiven interfraktionellen Kulturgespräche der letzten Monate haben sich auch die anderen Fraktionen dieser Position angeschlossen und wir haben gemeinsam an einem Zukunftskonzept gearbeitet, welches nun nach Beschluss des gemeinsamen Antrages umgesetzt werden kann. Vielen Dank dafür an die Mitwirkenden. An die Zweifler innerhalb und außerhalb der KSL appelliere ich: Schließen Sie sich bitte diesem Zukunftsprojekt konstruktiv an, dann wird die Kultur auf ein zukunftsfähiges Fundament gestellt. Allein die Verwaltungsspitze der KSL kostet uns in 2023 mehr als 1,3 Million Euro innerhalb der KSL sowie weitere 130.000 Euro auf Seiten der Stadtverwaltung. Das sind Mittel, die für Kultur selbst nicht verfügbar sind.

Wie im letzten Jahr frage ich mich: Warum wird diese Stadt immer **schmutziger**? Warum gelingt es nicht, dass die Menschen in dieser Kommune Verantwortung für ihr Umfeld übernehmen. Es fehlt in der Verwaltung leider an Strategien, Menschen mitzunehmen. Da wird sich gerühmt, dass unser neuer Busbahnhof (der optisch von weitem wirklich gut gelungen ist) einen internationalen Architekturpreis gewonnen hat. Leider hat die Jury es offensichtlich versäumt, sich den Busbahnhof von Nahem anzusehen. Selten habe ich ein so heruntergekommenes Pflaster und Umfeld an einer neuen Einrichtung gesehen wie dort. Hier wurde nicht auf pflegeleicht, sondern nur auf Optik geachtet – ganz großer Fehler, der uns noch viel zu schaffen machen wird. Und wenn es dort so aussieht, warum sollen die Fahrgäste sich selbst um Sauberkeit bemühen? Das gleiche gilt für unsere Grünanlagen. Nun soll es die JSL mit einem neuen Sauberkeitsprogramm richten. Die FDP-Fraktion ist gespannt auf die Ergebnisse.

Auch die Trägheit bei **Klimaprojekten** treibt uns um. Die Verwaltung der Stadt Leverkusen ist gefühlt Weltmeister bei der Erstellung von Konzepten, aber sicherlich die große Verliererin, wenn es um die Umsetzung von Maßnahmen geht. Wir retten das Klima nicht durch den viel zu lange vorbereiteten „Großen Wurf“, wir brauchen kleine, zeitnahe Taten. Gerade beim riesigen Konzept Nachhaltige Kommune mit seinen vielen beschriebenen Seiten wird die Tragik deutlich. Immer noch schaffen wir nur neue Stellen in der Verwaltung auf dem Ticket „Nachhaltige Kommune“, aber auf dem Weg zu Klima-Resilienz oder zur Schwammstadt treten wir weiterhin auf der Stelle. Es müssen endlich die Retentionsflächen für Starkregen überall dort angelegt werden, wo Bauarbeiten sowieso stattfinden oder wo bestehende Flächen ertüchtigt werden können, dieses Wasser hilft dann wiederum bei Trockenperioden. Wir müssen endlich mutig bessere Bedingungen für Radfahrende schaffen, dann wird der Umstieg aufs Rad erleichtert. Warum sind die vor über einem Jahr beschlossenen Fahrradzonen noch nicht eingerichtet? Wir müssen endlich unsere Kreisverkehre und unser Straßengrün konsequent mit Blühwiesen und Blühstreifen versehen,

das ist ökologisch sinnvoll und spart Kosten. Die Fußgängerzonen und die Wohnquartiere brauchen mehr Grün und idealerweise Brunnen. Brunnen sind neben Stadtgrün das wichtigste Klimaregulativ in Innenstädten, orientieren wir uns hier an den südlichen Ländern. Was wir bei den begrenzten Flächen in der Stadt ganz sicher nicht brauchen, ist eine neue Feuerwache auf dem Areal eines Landschaftsschutzgebietes und einen übergroßen oberirdischen Ausbau der Autobahnen, die unsere Stadt zerschneiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie sehen, es gibt viel zu tun und auch die Folgen der Pandemie sowie der grausame Krieg Russlands gegen die Ukraine wird in 2023 und danach unsere volle Aufmerksamkeit beanspruchen.

Wir sind zu konstruktiver Zusammenarbeit zur Weiterentwicklung unserer Stadt bereit und werden dem Haushalt zustimmen, aber die weitere Finanzentwicklung kritisch begleiten. Dabei freuen wir uns auch weiterhin auf die vertrauensvolle und kommunikative Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung von Kämmerer Molitor und seinem Team.

Ich danke für die Aufmerksamkeit!



DIE LINKE
Birkenbergstr. 28
51379 Leverkusen

Leverkusen 30.03.2023

Steuergeschenke an die Reichen "haben keinen signifikanten Effekt auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungszahlen"^[1] und "führen zu höherer Einkommens-Ungleichheit"^[1]

Das ist nicht aus dem Parteiprogramm der Linken sondern ein Zitat vom Weltwirtschaftsforum im Davos... Eine Studie vom LSE über 18 OECD Länder um genau zu sein. Nur weil eine eigentlich simple Aussage hier immer wieder zu Irritationen führt:

"Wir glauben nicht, dass Leverkusen von einer Senkung der Gewebesteuer, (noch dazu) auf den Minimalwert, profitiert."

Leverkusen untergräbt seine eigene Souveränität, zum Teil die Souveränität aller Kommunen mit dieser Politik.

Denn es sind im Endeffekt Milliarden Euro die die Kommunen durch einen Unterbietungswettbewerb, an Unternehmen und Aktionäre verschenken.^[2]

Unternehmen und Aktionäre die in den vergangenen Jahren teilweise bis zu 30% an Vermögen dazugewonnen haben.^[3]

Dabei handelt es sich um Beträge, davon können die Menschen in der Pflege oder im Dienstleistungsgewerbe nur träumen, was raten Sie denen? Sollen lieber nach Monheim ziehen?

Das Ergebnis solcher Politik sehen wir doch auch an vielen Stellen, öffentliche Infrastruktur bröckelt und die Menschen ächzen unter hohen Gebühren und langen Wartezeiten bei den Ämtern. Kurz, der Spielraum für politische Selbstbestimmung in den Kommunen wird immer enger.

Aber die Gewinne der Industrie werden gesichert.. zumindest für den Moment.

So erzeugt man Politikverdrossenheit und Missgunst

Aber ich stehe hier nicht nur um mich über fragwürdige geistige Akrobatik aufzuregen sondern um Ihnen allen mal eine andere Perspektive auf das abgelaufene Haushaltsjahr geben.

Krise

ist ein Wort an das man sich langsam gewöhnt hat, erschreckender Weise.

Die Meisten geben sich Mühe die Klimakrise zu ignorieren während sie einen Ausweg aus der Pandemiepolitik suchen, kommt es zum Krieg in Europa.
Russland startet eine Überfall auf Kiev.

Egal wie diffus oder weit entfernt, einigen diese Krisen vielleicht vorkommen. Finden wir die Auswirkungen auch hier in Leverkusen in zahlreichen Situationen wieder.
Es kommen Menschen und suchen nach Schutz, plötzlich werden andere Formen des Zusammenlebens notwendig und was als selbstverständlich galt, verschwindet.

Man kann nicht so tun als wären das abgegrenzte Probleme deren Verantwortung zur Lösung anderswo liegt. Eine Reflexion der Ereignisse der letzten Jahre hilft dabei, zu begreifen, was auf diese Stadt erst noch zukommt. Aber es sind Aufgaben die die Menschen in dieser Stadt bewältigen können, wenn sie die Mittel dazu erhalten.

Und bei Mitteln um Aufgaben zu bewältigen wären wir auch wieder beim Haushalt, nach unserem letzten Antrag zum Thema wurde aus dem Plenum eine flammende Rede gehalten, dass Bund und Land die Rahmenbedingungen anpassen müssen. Sei es nun zu Gewerbesteuern oder finanzieller Ausstattung im allgemeinen. Das kann ich natürlich nur unterstützen, das müssen wir als Kommune einfordern.

Ich meine auch das in diesem Hause eine Reihe von Menschen gibt, mit Verbindungen in die diversen Regierungsfractionen. Beweisen Sie den Menschen das das mehr ist als ein Lippenbekenntnis, das Politik mehr tut als RWE und Konzernen den Weg freizuknüppeln.

Denn es muss Selbstverständlichkeiten geben, ALLE Menschen brauchen ein Zuhause, eine lebendige Kultur und gute Bildung. Und es ist die ureigenste Aufgabe einer Stadt dafür den Raum zu schaffen. Ohne diese Grundlagen gibt es kein gutes Leben und auch keine funktionierende Wirtschaft.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der vorliegende Haushalt für Leverkusen in dieser Form auch weitere wichtige Probleme zu wenig angeht. So gibt es gibt mehrere konkrete Gründe, die uns zu dieser Schlussfolgerung führen. Zum einen wird zu wenig gegen Energiearmut getan, obwohl Energiekrisen und Inflation insbesondere die ärmeren Schichten überproportional treffen. Wir brauchen dringend ein umfassendes Konzept, das nicht nur die Förderung von Elektroautos, sondern auch basalere Lösungen bietet.

Darüber hinaus ist die Kinderarmut in Leverkusen ein ernstes Problem, das dringend angegangen werden muss. Die Tatsache, dass Netzwerk gegen Kinderarmut im Jahr 2021 berichtete, dass 5000 Kinder in der Stadt in Armut leben, ist inakzeptabel. Armut der Eltern führt oft zur Armut der Kinder. Hier ist es wichtig, dass die Stadt handelt und die Ursachen der Armut angeht.

Ein weiteres Thema ist die fehlenden Kita-Plätze in Leverkusen. Ohne ausreichende Betreuungsmöglichkeiten ist eine Lohnarbeit, insbesondere von Frauen, nicht möglich. Die Stadt muss dringend mehr Kita-Plätze schaffen und dafür sorgen, dass sie gut bezahlte und

qualifizierte Fachkräfte hat. Das erfordert faire Löhne und eine gute Infrastruktur.

Wir begrüßen das 49 Euro-Ticket, das vielen Menschen eine erschwingliche Möglichkeit bietet, mobil zu sein. Allerdings werden auch hier wieder Menschen ausgeschlossen, wie zum Beispiel Bürgergeldempfänger:Innen. Erst recht, wenn wie man hört das Bonitätsauskünfte für ein monatlich kündbares Ticket nötig sein sollen. Leverkusen sollte aktiv werden und ein Sozialticket einführen, um allen Menschen das gleiche Recht an Mobilität zu garantieren.

Zuletzt sollten wir uns mit der Frage der Schulden beschäftigen. Mit dem vorliegenden Haushalt ist Leverkusen zwar noch nicht überschuldet, aber es gibt viele Unsicherheiten und potenzielle Krisen, die in der Zukunft auftreten könnten. Die Landesregierung bietet hierbei nur begrenzte Unterstützung an. Es ist keine Lösung, Schattenkassen zu schaffen, um kurzfristige Haushaltsprobleme zu lösen. Wir brauchen langfristige Lösungen und eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik, um sicherzustellen, dass Leverkusen auch in Zukunft finanziell stabil bleibt.

In Anbetracht all dieser Themen ist es unverantwortlich, den vorliegenden Haushalt ohne grundlegende Verbesserungen zu akzeptieren. Wir müssen uns darauf konzentrieren, die Lebensbedingungen aller Menschen in Leverkusen zu verbessern und sicherzustellen, dass die Stadt auf solidem finanziellen Fundament steht. Aus diesen Gründen lehnen wir den Haushalt in seiner jetzigen Form ab.

[1] http://eprints.lse.ac.uk/107919/1/Hope_economic_consequences_of_major_tax_cuts_published.pdf

[2] Netzwerk Steuergerechtigkeit

[3] <https://www.weforum.org/agenda/2021/01/tax-cuts-for-wealthy-impact-lse-study/>

Haushaltsrede Markus Beisicht

24.03.2023

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch diese Etatdebatte steht unter keinem guten Stern.

Ich habe die Ehre, als Letzter zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Wir haben von meinen Vorrednern jede Menge Plattitüden, Worthülsen und Selbstlobeleien gehört. Nur habe ich wiederum für unsere Bürger und unsere Steuerzahler keine Wende zum Besseren gehört.

Angesichts der aktuellen Krisen und den Nachwirkungen der Corona-Krise erleben wir auch bei dieser Haushaltsverabschiedung ein außerordentlich kreatives Zahlenwerk, welches mit der tatsächlichen finanziellen Situation der Stadt Leverkusen nur rudimentär etwas zu tun hat.

Diverse durch die Krisen der Gegenwart und der Vergangenheit bedingte Mehrausgaben werden nach wie vor einfach gesondert aufgeführt, damit das Zahlenwerk stimmt.

Diese Haushaltspolitik ist weder nachhaltig oder gerecht, stattdessen werden die Zahlen solange manipuliert bis sie stimmen.

Die großen Fraktionen werden diesen Haushaltsentwurf mit diesem kreativen Zahlenwerk natürlich kritiklos durchwinken.

Die Bürger müssen die Zeche für eine verfehlte Kommunalpolitik zahlen.

Dieser kreative Haushaltsentwurf belastet nicht nur die Leverkusener, sondern er schreibt die unerträglich hohe Steuer- und Abgabenlast für unsere Bürger einfach fort.

So wird ignoriert, dass die Energiepreise exorbitant gestiegen sind.

Es wird weiter ignoriert, dass die Bürger unter einer hohen Inflation zu leiden haben.
Es wird zudem ignoriert, dass viele Bürger immer noch unter den Folgen der völlig verfehlten kommunalen Corona-Politik der vergangenen Jahre zu leiden haben.

Unsere politische Klasse betrachtet unsere Bürger dreist als auspressbare Melkkühe für ihre verfehlte Politik.

So stellt der aktuelle Haushaltsentwurf wiederum eine verpasste Chance dar.

Die Leverkusener werden auch weiter unter unverhältnismäßig hohen inakzeptablen kommunalen Abgaben und Steuern zu leiden haben.

Gerade in den letzten 10 Jahren haben die Mehrheitsfraktionen immer dreister an der Gebühren- und Abgabenschraube zu Lasten der Leverkusener gedreht:

Parkgebühren, Grundsteuern, städtische Dienstleistungen, Müllgebühren etc., alles hat sich exorbitant verteuert.

Heute sollen darüber hinaus die schon exorbitant hohen Friedhofsgebühren nochmal nach dem Jahr 2020 um weitere 20 % erhöht werden. Selbst das Sterben kann man sich mittlerweile in Leverkusen kaum mehr leisten!

Die Grundsteuern liegen auch weiterhin auf einem exorbitant hohen Niveau und von einer Entlastung der Bürger kann keine Rede sein.

Alle städtischen Dienstleistungen haben sich darüber hinaus drastisch verteuert.

Der Service für die Bürger ist keineswegs besser geworden. Selbst einfachste städtische Dienstleistungen benötigen einen teilweise wochenlangen, manchmal sogar monatelangen Vorlauf. Einen zeitnahen Termin im Straßenverkehrsamt oder im Bürgerbüro zu finden ist immer schwieriger geworden.

Im Ausländeramt werden Fiktionsbescheinigungen und Aufenthaltsgenehmigungen oftmals nur noch verspätet erteilt.

Immer mehr Bürger haben das Vertrauen in die Arbeit dieser Stadtverwaltung aus gutem Grund verloren.

Bei der Gebührenlast ist nunmehr eine Größe erreicht worden, die der normale Leverkusener Steuerzahler kaum mehr stemmen kann. Heute hätten Sie unsere Bürger bei den Grundsteuern, bei den Park- und Müllgebühren, und selbst bei den Friedhofsgebühren nachhaltig entlasten können.

Oberbürgermeister Richrath CDU, SPD, FDP, Grüne und Anhängsel stehen in dieser Stadt für eine verhängnisvolle Politik des Abzockens der Bürger. Statt die Bürger weiter mit überhöhten Abgaben zu behelligen wäre es besser gewesen, die Verwaltung endlich zu verschlanken, Arbeitsabläufe zu optimieren und auch auf überflüssige und kostenintensive Dezernentenposten, die sowieso nur nach Parteibuchkriterien vergeben werden, zu verzichten.

Im Übrigen haben Sie erneut die Chance verpasst, die üppige Alimentierung der Ratsfraktionen auf das notwendige Mindestmaß zu begrenzen.

Schließlich kann ich nur nochmal an Sie alle appellieren, wenigsten zukünftig mit der unseligen Praxis aufzuhören, Leitungsfunktionen in der Stadt und in den stadtnahen Gesellschaften ausschließlich nach Parteibuchkriterien zu bestimmen.

Die Qualifikation und Leistung eines Bewerbers sind viel wichtiger als das vermeintlich richtige rote, schwarze oder grüne Parteibuch.

Für den Aufbruch Leverkusen dürfen solche Leitungsfunktionen ausschließlich nach Leistung und Qualifikation vergeben werden und gerade ich nach Parteibuchkriterien.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zum Wirken des kommunalen Ordnungsdiensts.

Für diesen wurden gerade während der Corona-Krise neue Stellen geschaffen, damit primär weitere unverhältnismäßig hohe Bußgelder wegen vermeintlicher Verstöße gegen die Corona-Schutzverordnung eingetrieben werden sollten. Die Bürger wurden für Lappalien unverhältnismäßig behelligt und so wurde das Vertrauen in den Rechtsstaat beschädigt. Von Seiten des Gesundheitsamtes wurden noch im Dezember exorbitant

hohe Bußgelder ausgesprochen gegen ungeimpfte Beschäftigte die der einrichtungsbezogenen Impfpflicht unterlagen.

Der gescheiterte Kanzlerkandidat der CDU Laschet hat in jüngerer Vergangenheit erklärt, dass während der Corona-Pandemie viele Fehler begangen wurden und das unverhältnismäßig agiert worden sei und dass man elementare Grundrechte nicht ausreichend beachtet habe. Auch das rechtlich mehr als fragwürdige Verhalten des hiesigen Gesundheitsamtes und des kommunalen Ordnungsdienstes während der Corona-Krise muss aufgearbeitet werden.

Den entsprechenden Antrag von uns auf Einrichtung eines Corona-Ausschusses haben Sie leider abgelehnt.

Nun haben Sie in diesem Rat elementare Minderheitenrechte für Ratsgruppen und Einzelvertreter mitten in der Ratsperiode nach eigenem Gutdünken außer Kraft gesetzt.

Auch dieser Umstand zeigt, dass es für Minderheiten selbst in einem Kommunalparlament immer schwieriger wird primitivste Rechtspositionen zu sichern.

Sie haben mit der Änderung der Geschäftsordnung zu verantworten, dass dieser Stadtrat sich in Richtung einer Volkskammer 2.0 entwickelt.

Die dabei gezeigte selbstherrliche Arroganz ist hierbei besonders befremdlich.

Insgesamt läuft vieles falsch in Leverkusen. Es gibt natürlich Alternativen zu Ihrer Politik des Abzockens der Bürger in unserer Stadt.

Man braucht die Bürger nicht ständig mit unverhältnismäßig hohen Steuern und Abgaben zu quälen. Auf die Dauer lässt Ihre Politik Leverkusen mit hoher Wahrscheinlichkeit seine selbstständige Handlungsfähigkeit verlieren. Aber den großen Playern in der Stadt, denen haben Sie mit Ihrer Posse im Hinblick auf die Gewerbesteuersenkung wahrlich ein großes Geschenk verabreicht.

Die Bürger werden gnadenlos abgezockt und die großen Player werden mit Steuergeschenken entlastet und beglückt. Reiche werden reicher, Arme noch ärmer!

Sozialschwächeren Menschen ist durch Ihre Politik vieles genommen worden, während Sie die großen Player mit der Gewerbesteuersenkung beschenken.

Sie haben einen kommunalen Gewerbesteuersenkungswettbewerb zu verantworten, der letztendlich nur die großen Player beglückt und viele Nachbarkommunen ausbluten lässt.

Also fasse ich zusammen:

Auch durch den diesjährigen Haushalt werden die Bürger, der Einzelhandel, der Mittelstand mit unverhältnismäßig hohen Steuern und Gebühren belastet.

Der Aufbruch Leverkusen macht hierbei sicher nicht mit! Wir können daher diesen, zwar kreativen, aber nicht solide aufgesetzten Haushaltsentwurf nicht zustimmen. Wir sagen insbesondere ein klares Nein zu Ihrem Abzocker-Haushalt!

Die Mehrheitsfraktionen arbeiten konsequent am weiteren Niedergang Leverkusens.

Sie haben ein Amigo-System verfestigt und sind darüber hinaus über Jahre hinweg nicht in der Lage unsere wesentlichen kommunalen Probleme zu lösen.

Sie sind mit Ihrer Kommunalpolitik in Leverkusen komplett gescheitert. So werden Sie auch den oberirdischen Autobahnausbau, den Ihre Parteien im Bund letztendlich zu verantworten haben, nicht verhindern können.

Zu dem stehen die Mehrheitsfraktionen mit Begriffen wie Transparenz, mehr Bürgerbeteiligung und mehr Basisdemokratie auf Kriegsfuß! Wir werden daher aus guten Gründen dem heute vorgelegten Haushaltsplan nicht zustimmen.

Anlage 10 (ö) zu z.d.A.: Rat Nr. 4 vom 21.04.2023

Haushaltsrede 2023 von Gisela Kronenberg (parteilos)

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

wir sollen heute über den Haushalt unserer Stadt entscheiden. Der Haushalt ist knapp gerechnet und die finanziellen Grenzen, in denen wir uns noch bewegen können sind - laut Aussage unseres Kämmers - äußerst eng gesteckt.

Ich danke ihm und seinem Team, die es geschafft haben den Haushalt zu erstellen und ihn für die Fachleute im Rat nachvollziehbar zu gestalten - wobei ich mich da ausdrücklich ausnehme.

Die Gewerbesteuersenkung hat der Stadt die erwünschten Mehreinnahmen ins Stadtsäckel gebracht. Auch wenn die Wirtschaft letztendlich als Gewinner dasteht, blieb unserer Stadt nichts anderes übrig, als 2019 die Grundsteuer zu senken. Steuern sollten dort gezahlt werden, wo produziert wird. Wir verfügen inzwischen wieder über Steuereinnahmen, mit denen wir planen und arbeiten können.

Wie ein roter Faden ziehen sich seit einigen Jahren bis heute unerledigte Projekte durchgängig durch die Haushaltsreden von Ratsmitgliedern. So kann der Wunsch, dass sich endlich etwas an der B 8 in Küppersteg tut, bald sein zehnjähriges Jubiläum feiern.

Schon seit langem sucht man auch nach einer wirtschaftlich tragbaren Lösung für die Sanierung der City C und hofft diese nun mit der Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft gefunden zu haben. Ich bin auf das Konzept gespannt, welches uns hoffentlich bald vorgelegt wird.

Im Stadtteil Wiesdorf wird sich in den kommenden Jahren viel verändern. Auf der einen Seite greift das Stadtentwicklungskonzept und mit dem Bau des Montanusquartiers soll demnächst begonnen werden, auch die Entwicklung des Postgeländes macht Fortschritte. Dem stehen die erst kürzlich beschlossene Schließung des Kaufhofs entgegen für den allerdings - wie ich heute in der Zeitung lesen konnte - wohl wieder ein Ankermieter gefunden wurde. Es gibt zurzeit zu viele Leerstände in der City und es wird nicht einfach sein die Belebung der City in den kommenden Jahren erfolgreich voranzutreiben. In dem Zusammenhang mahne ich an, dass das Gebiet um den Manforter Platz nicht vergessen werden sollte.

Ich unterstütze alle aktuell geplanten Kitabauten, da sie notwendig sind, um zu gewährleisten, dass alle Eltern den ihnen gesetzlich garantierten Kita-Platz bekommen. Ein aktuelles Problem sind die maroden Schulen, die in die Jahre gekommen sind und einer Renovierung bedürfen. Wir sind es unseren Kindern schuldig, dass auch ihre Schulumgebung den modernen Ansprüchen entspricht. Daher unterstütze ich, trotz der hohen Kosten, alle Schulbauprojekte

Jedes Kind hat ein Anrecht auf Bildung und Förderung, das war - besonders während der Pandemie - nicht immer zu leisten. Es ist unsere Aufgabe mit Hilfe von Sozialpädagogen unterstützend tätig zu werden, damit die Kinder mit einem negativen sozioökonomischen Hintergrund nicht dauerhaft zu den Verlierern unserer Gesellschaft gehören, was wir uns in Zukunft auch gar nicht mehr leisten können. Um Problemfälle rechtzeitig erfassen und frühzeitig fördern zu können, muss es verpflichtend sein, dass Schuleingangsuntersuchungen flächendeckend durchgeführt werden.

Bedingt durch die Flüchtlinge hat sich der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in unserer Stadt noch weiter erhöht. Dies führt besonders in benachteiligten Bevölkerungsschichten zu

Sozialneid, weil die Zugezogenen angeblich eher eine Wohnung zugewiesen bekommen. Es muss mehr Wohnraum geschaffen werden, auch indem z.B. bestehende Ressourcen ausgebaut und Leerstände eruiert werden, denn Eigentum verpflichtet ja bekanntermaßen.

Wiederum muss mit unserem nur noch wenig verfügbaren und nicht vermehrbaren Grund und Boden sorgsam umgegangen werden, um den Menschen in dieser Stadt auch in Zukunft noch ein klimagerechtes Umfeld bieten zu können. Kaltluftschneisen, die aus dem Bergischen kommen, die die Stadt bis zum Rhein besonders nachts in Tropennächten durchlüften, dürfen nicht bebaut und somit zerstört werden, damit schneidet man den Menschen wortwörtlich die Luft ab. Hierfür gibt es auch keine Ausgleichsmöglichkeiten.

Wir müssen uns entscheiden, was wir wollen: Ein gesundes Stadtklima, oder ein bis an die Stadtgrenzen zugebautes Leverkusen. Bebauung am Stadtrand lehne ich daher ab. Bauverbotszonen könnten sich dabei als hilfreich erweisen.

Aus diesem Grund lehne ich auch den Bau der neuen Feuerwache im Naturschutzgebiet „Auf den Heunen“ ab. Mit ihrem Bau wird nicht nur eine Kaltluftschneise zerstört und ein zum wiederholten Mal die wertvolle Parabraunerde, die besonders viel Feuchtigkeit aufnehmen kann, im Stadtgebiet missachtet. Es bietet sich schon allein optisch nicht an diesen Hang mit einer Feuerwache zu bebauen. Auch die Finanzierung dieses Projektes steht auf tönernen Füßen. Ein weiteres PPP Projekt lehne ich ab, weil man mit den anfallenden jahrzehntelangen hohen Mietzinsen die Verschuldung der Stadt nur verschleiert, aber nicht verbessert. Welchen Schuldenberg wollen wir den kommenden Generation hinterlassen? Ein weiterer Punkt ist die Erreichbarkeit der östlichen Stadtteile. Oder plant man schon den Bau einer dritten Feuerwache im Leverkusener Osten?

Einige wenige Worte zur Verkehrsentwicklung: Mit den Anstrengungen die Angebote des ÖPNV weiter zu entwickeln darf nicht nachgelassen werden. Besonders innerstädtisch ist bei der Taktung und der Erreichbarkeit noch einiges an Spielraum vorhanden. Ansonsten wird das demnächst angebotene 49 Euro Ticket nicht die erwünschte Wirkung zeigen. Dass das Mobilitätskonzept stringent umgesetzt wird, finde ich richtig und zukunftsweisend

Ein Dauerthema, welches uns in den letzten Jahren begleitet hat, scheint inzwischen gelöst zu sein. Das Museum und das Ensemble Schloss Morsbroich macht zurzeit eine bemerkenswerte Wandlung durch. Dort ist man auf einem guten Weg, wobei noch einige Probleme zu lösen sind. Es ist z. B. an der Zeit, dass es dort zeitnah wieder eine Gastronomie gibt, die zumindest einige Kleinigkeiten anbietet.

Die Auflösung der KSL befürworte ich, weil sie sich auf Dauer nicht mehr selbst finanzieren kann und durch eine Umstrukturierung der Leverkusener Kulturlandschaft neue Impulse gegeben werden. Es geht nicht darum die Kulturszene zu zerstören, sondern ihr die Möglichkeit zu geben sich weiter zu entwickeln. Wir alle wissen, dass die Kultur immer ein Zuschussbetrieb ist - Kultur müssen wir uns aber weiter leisten wollen und können.

Wir alle müssen endlich aufwachen und registrieren, welche Belastungen mit dem Autobahnausbau in den kommenden ca. 25 Jahren auf uns zukommen, eine ganze Generation wird groß, die nichts anderes kennen wird, als innerstädtischen Stau, Lärm, Staub, Baufahrzeuge und Materialtransport. Das Erwachen kommt leider zumeist erst dann, wenn sich die Baustelle vor der Haustüre befindet und sich der Ausbau durch unsere Stadt frisst, wenn die A3 über den der Willy Brandt Ring und die B8 bis zur Auffahrt Opladen als einzige Umleitungsstrecke quer durch Wiesdorf geführt wird, wird es zu spät für einen Widerstand sein. Auch wenn die A 3 zwischen der Ausfahrt Leverkusen und dem Kreuz nicht auf der Prioritätenliste steht, sie steht immer noch im Bundeswegeplan. Dass das sanierungsbedürftige Kreuz nicht auf der Liste steht, kann ich nicht allerdings nachvollziehen.

Ich rege an, dass die Städtepartnerschaften nach der Pandemie wieder intensiviert werden und erhoffe eine erfolgreiche lang andauernde Partnerschaft mit unserer neuen Solidaritätspartnerstadt Nikopol in der Ukraine.

Ich habe im letzten Jahr erlebt, dass Sachthemen vertrauensvoll und konstruktiv, interfraktionell besprochen wurden. Sachpolitische Auseinandersetzung fanden über die Fraktionen hinweg statt und mündeten in gemeinsamen Anträgen. Das ist die Kommunalpolitik, die ich mir für die Bürger unserer Stadt wünsche, denn wir alle haben den gleichen Auftrag nämlich zum Wohle unserer Bürger und Bürgerinnen zu handeln und im Dialog mit ihnen zu bleiben, auch wenn man mal eine Kröte schlucken muss.

Ich möchte zum Schluss meiner Rede darauf hinweisen, dass es im letzten Jahr Dauerthemen gab, die wiederholten intensiven Beratungsbedarf benötigten:

Nämlich die Schottergärten und die Hundefreilaufflächen!

Ich bedanke mich bei den Ratsmitgliedern, die mir ihr Vertrauen geschenkt haben und besonders bei der Verwaltung, die so manches Mal viel Geduld mit uns, besonders aber mit einigen Ratsmitgliedern, aufbringen musste.

Ich werde dem Haushalt zustimmen.

Danke, dass Sie mir zugehört haben.